

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit

www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Klimaangst

Die Sorgen vor den Folgen der Klimakrise haben auch zu einer psychologischen Krise geführt. Leugnung und Fluchtgedanken mögen natürliche Reaktionen sein, hilfreich sind sie nicht. Gerade jetzt sollte gefragt werden: Wie ermöglichen wir ein gutes Leben – für uns und den Planeten?

© Jonathan Klok | Unsplash

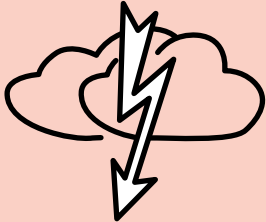
Traktionssysteme Austria – Lokalausweis beim Weltmarktführer **SEITE 22**
Dosen zu Wertstoffen – Ein Jahr Einwegpfand in Österreich **SEITE 24**
Naturschutz als Investment – Kann der Markt es richten? **SEITE 26**
Pendler:innenanalyse – Wo arbeiten die Niederösterreicher:innen? **SEITE 30**



www.arbeiterkammer.at

WUM-o-meter

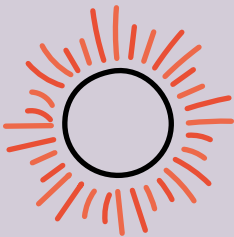
Die WUM-Redaktion misst bei aktuellen Entwicklungen aus Wirtschaft und Umwelt nach.



GEWITTER Tax the Rich

Mit etwas Glück ist Elon Musk bald Billionär, also ein 1000facher Milliardär. Mag nett für ihn sein, aber ließe sich mit dem Geld nicht Besseres anfangen? Während auf der UN-Klimakonferenz Ende des Jahres über nächste Schritte gestritten wurde, verhandelten die

Staaten zeitgleich bei der UN Tax Convention in Nairobi über ein Abkommen zur globalen Besteuerung. Die angedachte globale Vermögenssteuer könnte ein wichtiger Hebel für die Klimafinanzierung sein. Statt eines Billionärs bekäme die Welt eine Billion fürs Klima! **LW**



BRENNENDE SONNE Für Schaden muss man zahlen

Nach einer Protestaktion gegen die 3. Piste mussten Aktivist:innen dem Flughafen Wien 15.000 Euro Schadensersatz zahlen. Inzwischen ist der Flughafen selbst von dem Bauprojekt abgerückt. Damit wurden 90 Millionen Euro, unter anderem an Planungskosten, in den Sand gesetzt. Die hätte man sich sparen

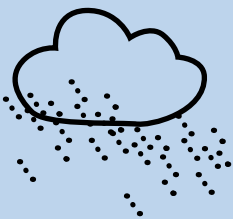
können, wenn man auf die langjährigen Proteste gehört hätte. Leistet das Management jetzt für diese Fehlinvestition Schadensersatz an die Steuerzahler:innen? Nein, die öffentliche Hand, der 40 Prozent des Flughafens gehören, schaut durch die Finger. **HH**



NIESELREGEN Innovationsfaul

Laut EU-Kommission müssen in China hergestellte Pkw beim Verkauf „freiwillig Mindestpreise einhalten, die sich an europäischen Modellen orientieren“. Deshalb muss die Allgemeinheit nach dem Wegfall der Schutzzölle jetzt auf zwei Milliarden Euro an

Zolleinnahmen verzichten. Zugleich bleiben chinesische Autos in Europa doppelt so teuer wie in China. So soll die innovationslahme Branche in Europa auf klimafitte Touren kommen. Wann fragt man endlich, frei nach Meischberger: „Wo ist eure Leistung?“ **FG**



GEFRIERENDER REGEN Verpasste Ziele

Österreichs Treibhausgas-Emissionen werden im Jahr 2030 um 8,1 Millionen Tonnen über den verbindlichen Klimazielen liegen. Das ist nicht nur unverantwortlich, sondern auch kostspielig: 2,86 Milliarden Euro an Steuergeld werden laut Studie für das Finanzmi-

nisterium fällig. Ein Senken der Tempolimits könnte CO₂ einsparen und wäre faktisch kostenlos umzusetzen. Stattdessen gibt der Staat alljährlich Milliarden für klimaschädliche Steuergeschenke (z. B. an den Flug- und Schwerverkehr) aus. **HH**



LAUES LÜFTCHEN Abgespeckter Reparaturbonus

Seit Mitte Jänner ersetzt die Geräte-Retter-Prämie den alten Reparaturbonus. Die Maßnahme soll Reparaturen weiterhin fördern, bringt jedoch deutliche Einschränkungen mit sich: Die Förderhöhe ist geringer, Fahrräder und Mobiltelefone sind jetzt ausge-

schlossen. Gerade Letztere machten allerdings rund 40 Prozent der bisher geförderten Reparaturen aus. Kurios: Man will helfen, nur darf's nichts mehr kosten. **LW**

Inhalt

Warum die Klimakrise eine psychologische Krise ist

Klimaängste und die Verdrängung der Probleme müssen als gesellschaftliche Herausforderungen anerkannt werden. Seite 10

Glücksfalle Kapitalismus

Mehr Konsum macht nicht zufriedener, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erleben hingegen schon. Seite 14

Sozialökologin Sophia Rut im Interview

Seite 16

Statt lauwarmer Vermeidungspolitik echte Gestaltung

Kleine Veränderungen werden das Klima nicht retten, es braucht den Mut zu verantwortungsvollem Handeln. Seite 17

Ein Weltmarktführer vor den Toren Wiens

Traktionssysteme Austria baut höchst erfolgreich Elektromotoren für die Mobilitätswende. Seite 22

Ein Jahr Einwegpfand

Erste Ziele wurden erreicht, es besteht aber noch Verbesserungsbedarf. Seite 24

Naturschutz dem Markt unterwerfen?

Privates Kapital soll für die Wiederherstellung der Natur eingesetzt werden. Seite 26

In Niederösterreich leben heißt pendeln

Eine Analyse der Arbeiterkammer zeigt, dass nur wenige dort arbeiten, wo sie wohnen. Seite 30

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	08
Kommunikation	32
Kontroverse	34

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber

Wirtschaft & Umwelt ist ein Organ der Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien
E-Mail wirtschaft.umwelt@akwien.at Telefon 01/501 65 12404

Redaktion Lukas Oberndorfer (Chefredakteur) LO, Frank Jödicke (Koordinierender Redakteur, Chef vom Dienst) FJ, Doris Artner-Severin DA, Judith Fitz JF, Franz Greil FG, Thomas Hader TH, Heinz Högelberger HH, Max Knapp MK, Astrid Schöggel AS, Sabine Stelzenmayr SA, Christoph Streissler CS, Iris Strutzmann SI, Lisa Weinberger LW

Sekretariat Sabrina Pochop SP, Josephine Graf JG

Konzeption Jakob Fielhauer, fielhauer.at

Layout & Infografik Julia Stern JS, design@scheresternpapier.at

Druck Gugler Medien GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben

nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.
Offenlegung gemäß Mediengesetz §25: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum



produziert nach den
Richtlinien des Österreichischen
Umweltzeichens, Gugler GmbH,
UW-Nr. 609, www.gugler.at



Sicher. Kreislauffähig.
Klimafreundlich.
GZC Certified SILBER by gugler®
druckimprint



klimafreundlich gedruckt

Leben in Zeiten der Klimakrise

Ein erfolgreicher Kampf gegen die Klima-
katastrophe kann nur gelingen, wenn wir zugleich
auf unser seelisches Wohlbefinden achten.



Von Lukas Oberndorfer

Unser Verhältnis zur Klimakrise gleicht zuweilen dem kindlichen Guck-guck-Spiel. Solange wir unsere Hände aufs Gesicht pressen, sehen wir die Probleme nicht – und ein wenig fühlt es sich an, als seien sie verschwunden. Diese typischen Ängste und Abwehrreaktionen zeigen, dass die Klimabelastungen nicht nur äußerlich sind, etwa durch Hitze oder Hochwasserschäden, sondern dass die Sorge um das Klima in die Menschen hineingewandert ist.

Zur permanenten Ungewissheit gesellt sich ein Gefühl der Ohnmacht angesichts der Unüberschaubarkeit der Lage. Anders als bei einem Chemiewerk, dem „nur“ verboten werden muss, seine Abwässer in den Fluss zu leiten, lässt sich gegen die Klimakrise nicht so leicht ankämpfen, weil wir alle durch unsere Lebensweise mit den Folgen und Ursachen der Klimakrise verwoben sind.

Folglich ist diese Krise nicht nur in ihren Auswirkungen, sondern auch bereits in ihren Ursachen psychologisch zu begreifen. Im Schwerpunkt dieser Ausgabe möchten wir deshalb der Frage nachgehen: Wie kann es aus psychologischer Sicht in Zeiten der Dauerkrise gelingen, nicht auszubrennen und sich ein gutes Leben zu erhalten?

Der Schlüssel dazu liegt im Erlebnis der Selbstwirksamkeit und in der Frage: Was kann ich für mich und andere tun? Kollektives Handeln ist zugleich sinnstiftend und stärkt uns für die anstehenden Aufgaben.

Lukas Oberndorfer

Chefredakteur der Wirtschaft & Umwelt
und Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr
in der AK Wien



Klimafitter Lieferverkehr

Oslo Die norwegische Hauptstadt ist seit Langem ein Vorbild dafür, wie Metropolen ehrgeizige Klimaziele umsetzen können. Um das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2030 zu erreichen, setzt die Stadtverwaltung auf radikale Maßnahmen. Jüngster Schritt ist eine drastische Erhöhung der City-Maut-Tarife für den Lieferverkehr, der für 30 Prozent der Treibhausgasemissionen des Straßenverkehrs im Großraum Oslo verantwortlich ist. Demnach müssen fossil betriebene Nutzfahrzeuge seit Jahresbeginn in der Stoßzeit bis zu 19 Euro pro Stunde entrichten. Emissionsfreie Lieferfahrzeuge sind dagegen mautbefreit. Das Ziel ist klar: Bis 2030 muss der Lieferverkehr mit Strom fahren. Bereits jetzt fahren 30 Prozent aller Neuzulassungen über 12 Tonnen mit Batterie oder Biogas. **FG**

Plan für Kreislaufwirtschaft

Ökologie Die Stadt Wien will bis 2050 Zero Waste erreichen, also eine möglichst vollständige Verwertung von Abfällen. Im Herbst 2025 hat sie dazu eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie vorgestellt. Insgesamt wurden 33 Hebel identifiziert, die zur Ressourcenschonung und zu einem gerechten sowie leistbaren Leben beitragen. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Bauwirtschaft zu, die für den Großteil des Abfallaufkommens verantwortlich ist. Darüber hinaus umfasst die Strategie den Umgang mit Lebensmitteln, die Wiederverwendung gebrauchter Güter und Materialien sowie den schonenden Umgang mit Bodenressourcen. Auch die wirtschaftlichen Potenziale der Kreislaufwirtschaft werden hervorgehoben. Bereits heute sind

in Wien rund 3.400 Unternehmen in diesem Bereich tätig, die etwa 24.000 Menschen beschäftigen und einen Jahresumsatz von 13,5 Milliarden Euro erwirtschaften. Laut Vienna Green Economy Report könnte eine konsequente Stärkung der Kreislaufwirtschaft die Wertschöpfung in Wien um bis zu 3,5 Milliarden Euro erhöhen. Die Strategie schafft somit eine solide Grundlage, um ökologische Ziele mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Mehrwert zu verbinden. Nun muss sie aber auch umgesetzt werden. **LW**



Wir brauchen einen optimistischen Blick in die Zukunft, das gilt auch für den Kampf gegen die Klimakrise. Gemeinsam können wir mehr Klimaschutz erreichen, das ist ein lohnendes Ziel!

AK Präsidentin
Renate Anderl

© Sebastian Philipp | BAK

Haltestellen im Fahrgast-Check

Initiative Bis Ende April haben Bürger:innen die Möglichkeit, auf einer Online-Karte des Verkehrsclubs Österreich (VCO) auf Mängel bei Haltestellen aufmerksam zu machen. Fehlen beispielsweise Sitzgelegenheiten, ein ausreichender Witterungsschutz oder ist keine Barrierefreiheit gegeben? Die Hinweise werden vom VCO gesammelt und den zuständigen Gemeinden und Bezirken übermittelt, die so ein wertvolles Feedback aus der Bevölkerung erhalten. Ideal, um gezielt Verbesserungen zu prüfen und sinnvoll umzusetzen, damit die Öffis komfortabler und benutzer:innenfreundlicher werden. **FJ**

Also gerne mitmachen und Verbesserungen anstoßen unter: <https://map.vcoe.at/>



© Nicolas Mahler

Recht auf Weiterbildung für Klimajobs

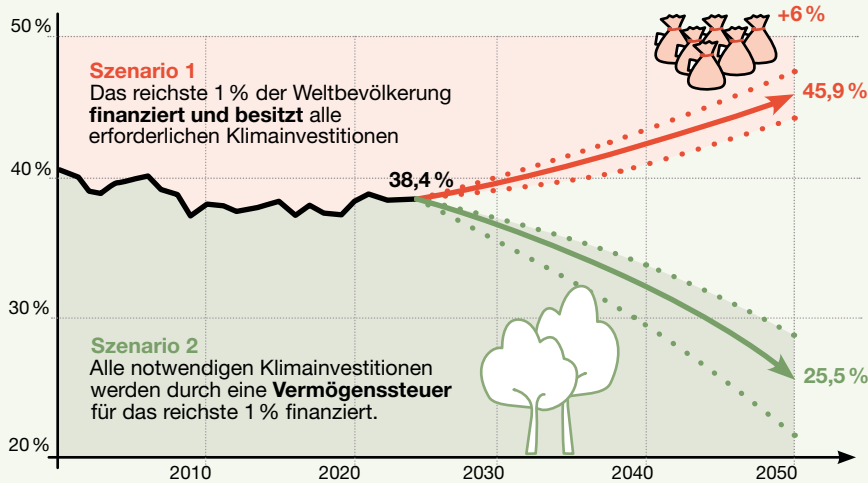
Arbeit Um die Klimakrise bewältigen zu können, benötigen Arbeitnehmer:innen und Wirtschaft einen sozialen und ökologisch gerechten Umbau, der niemanden zurücklässt. Deshalb fordert die AK ein Recht auf Weiterbildung während der Arbeitszeit, um die in Zukunft erforderlichen Kompetenzen zu erwerben. Das EU-Parlament unterstützt jetzt diese AK-Forderung. In seiner Entschließung vom 26. Jänner 2026 wird die EU-Kommission aufgefordert, einen entsprechenden Rechtsakt, die Just-Transition-Richtlinie, vorzulegen, in der auch das Recht auf Weiterbildung verankert ist. Die Richtlinie zielt darauf ab, die ökologischen und sozialen Herausforderungen

gen beim Umbau zu bewältigen. Sie ist ein erster Schritt, um den gerechten Wandel durch konkrete Maßnahmen zu fördern. Die sozialen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen sollen durch die Einbindung von Zivilgesellschaft, Sozialpartner:innen und Behörden gelingen, damit Gewinne gerecht verteilt und Konflikte gelöst werden können. Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert ebenfalls ein ganzheitliches Konzept für einen gerechten Wandel, der eine europäische Arbeitsplatzgarantie und Job-to-Job-Transition umfasst. Die EU-Kommission hat nun drei Monate Zeit, um auf die Entschließung zu antworten. **SI**



© Getty Images

1 % der Weltbevölkerung besitzt aktuell 38,4 % des weltweiten Vermögens



Mögliche Entwicklung des Vermögensanteils des weltweit reichsten 1 % der Bevölkerung, wenn dieses alle erforderlichen Klimainvestitionen besitzt (Szenario 1) oder wenn alle nötigen Investitionen durch eine Vermögenssteuer für das reichste 1 % finanziert werden (Szenario 2). Die gepunkteten Linien stehen für Unsicherheiten hinsichtlich des prognostizierten Investitionsbedarfs. Quelle: Chancel et al., 2025

Energie und Ungleichheit

Climate Inequality Bei der Erzeugung von Energie stehen der Menschheit große Änderungen ins Haus. In Zukunft wird ein Großteil der benötigten Energie durch „Erneuerbare“ (Solar, Wind- und Wasserkraft) bereitgestellt werden. Aber wem wird diese Energieerzeugung eigentlich gehören? Der Besitz von Energieträgern und Kraftwerken war historisch gesehen immer auch ein Motor für Ungleichheit. In den 1920er Jahren fragte ein englischer Labour-Abgeordneter sinngemäß: „Wie kann es sein, dass von der Steinkohle Großbritannien nur 4.000 Menschen profitieren und nicht alle 45 Millionen?“

Die im letzten Jahr erschienene Studie „Climate Inequality Report 2025“ zeigt auf, dass heute ein Prozent der Weltbevölkerung 39 Prozent des weltweiten Reichtums besitzt. Was passiert, wenn dieses eine Prozent nun sein Kapital nutzt und in die Energieerzeugung mit Erneuerbaren investiert? Das „eine Prozent“ könnte dadurch seinen Besitz bis zum Jahr 2025 um weitere sechs Prozent erhöhen und 46 Prozent der Reichtümer der Welt auf sich vereinen. Die

Ungleichheit würde sich verschärfen. Durch das Anwachsen solcher „Energie-regime“, wie sie der Studienautor Lucas Chancel nennt, begeben sich Staaten in immer neue Abhängigkeiten von den Reichen und haben kaum Spielraum für eigene Investitionen.

Würde hingegen eine angemessene Steuer auf Vermögen erhoben und damit die notwendige Transformation zur CO₂-armen Energieerzeugung finanziert, könnte die ungleiche Verteilung bis zum Jahr 2025 deutlich um 13 Prozent gesenkt werden. Keine Angst, die Reichen wären auch in diesem Szenario noch immer reich, aber es gäbe die Möglichkeit, demokratisch über Energieerzeugung und Energienutzung zum Wohle der Vielen zu entscheiden. **FJ**

Download:
Climate Inequality
Report 2025
<https://wid.world/www-site/uploads/2025/10/Climate-Inequality-Report-2025-Final.pdf>



© Hans Unsplash

Gentechnikfreiheit für Österreich retten!

Europaparlament Im Dezember 2025 einigten sich die EU-Politiker:innen auf einen Kompromiss zur Regulierung neuer Gentechnikpflanzen (NGT). Demnach sollen fast alle NGT-Pflanzen von den bisherigen Vorschriften zur Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Sicherheitschecks ausgenommen werden. Maßnahmen zum Stopp von Saatgutpatenten sind nicht vorgesehen. Aus Konsumentensicht ist das Ergebnis inakzeptabel, da wichtige Schutzbestimmungen fehlen. Die AK fordert die österreichischen EU-Parlamentarier:innen deshalb auf, den Vorschlag nicht zu akzeptieren und auf Anpassung zu drängen, damit Konsument:innen weiterhin die Wahl haben, gentechnikfrei zu konsumieren. Es reicht nicht aus, wie derzeit vorgesehen, NGT-Saatgut nur zu kennzeichnen. Die Sicherstellung der Wahlfreiheit beeinflusst nicht die Forschung zu neuen Genomtechniken, mit denen Pflanzen entwickelt werden, die besser an Umweltstress und Schädlinge angepasst sind. Zudem braucht es klare Vorgaben, um zu verhindern, dass Saatgutkonzerne den Zugang zu genetischem Material für Züchter:innen erschweren und die Vielfalt des Saatguts und der Lebensmittel verteuern. Die Abstimmung im Europäischen Parlament findet frühestens Ende April 2026 statt. **SI**



Projekt aufrufen

<https://resize.project.tuwien.ac.at/>



„Erst das Zusammenspiel von Einkommen, notwendigen Ausgaben, Infrastruktur und Zeitverwendung erlaubt, ein vollständigeres Bild der Lebenswirklichkeit zu zeichnen.“

Ungleichheit in Österreich

Verteilung Es sind nicht allein die Einkommensunterschiede, die ein Bild ungerecht verteilter Lebenschancen vermitteln. Was nützt beispielsweise ein moderat hohes Einkommen, wenn ein Großteil davon für die Miete verwendet werden muss? Oder wenn ein Gutteil der finanziellen Mittel für Mobilität ausgegeben wird, weil Bildungs- und Freizeiteinrichtungen nur schwer zu erreichen sind? Und was ist mit der ganzen Lebenszeit, die fürs Pendeln aufgewendet werden muss? Das im Auftrag der Arbeiterkammer Wien am Institut für Raumplanung der TU Wien durchgeführt Projekt Re:sl:Ze hat genau dies untersucht. „Re“ steht für Residualeinkommen, also das Nettoeinkommen abzüglich der notwendigen Ausgaben, „si“ für Soziale Infrastruktur und deren Verfügbarkeit und „Ze“ für die kostbare Ressource Zeit. Die Ergebnisse der Untersuchung können online nachgelesen werden und bieten ein vielschichtiges Bild österreichischer Lebensverhältnisse. **FJ**

Kommentar

Das Aus vom Aus stiftet Unsicherheit



Von Beatrix Keim

Der im Dezember 2025 vorgestellte EU-Vorschlag zum Verbrenner-Aus schafft weniger Klarheit als erhofft. Anstatt einen verlässlichen Ordnungsrahmen zu setzen, schadet er der Industrie und verunsichert den Markt. Besonders kritisch sind die vorgesehenen Maßnahmen zur Kompensation der letzten zehn Prozent der Emissionsreduktion. Der verstärkte Einsatz von Biofuels, E-Fuels oder Green Steel führt zwangsläufig zu steigenden Produkt- und Betriebskosten. Diese treffen nicht nur die Hersteller, sondern belasten die Verbraucher:innen über die gesamte Fahrzeuglaufzeit hinweg, etwa durch höhere Betankungs- und Wartungskosten. Zudem bleibt der Vorschlag inkonsequent im Umgang mit Hybridfahrzeugen. Hybride Systeme, die gar nicht oder nur zu einem geringeren Teil elektrisch fahren, verursachen in der Praxis hohe Emissionen, da sie eben überwiegend auf den Verbrennungsmotor setzen. Ihre weitere Zulassung ist daher eine Fehlentscheidung und konterkariert die Klimaziele.

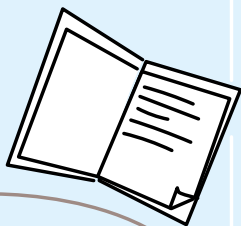
Positiv zu bewerten ist die geplante Flottenregelung für große Unternehmen. Sie birgt erhebliches Potenzial für den Fahrzeugabsatz und ermöglicht vielen Nutzer:innen erstmals einen realistischen Zugang zur Elektromobilität. In den nächsten zwei bis fünf Jahren müssen klare Impulse gesetzt werden, um europäische Kund:innen nachhaltig zum Umstieg auf batterieelektrische Fahrzeuge zu bewegen. Andernfalls drohen der Industrie Investitionen in Technologien, die in fünf bis zehn Jahren kaum noch nachgefragt werden – trotz erheblicher Vorleistungen der europäischen Fahrzeughersteller und zusätzlicher Investitionen seit dem Schock durch Chinas Elektrofahrzeug-Boom.

Beatrix C. Keim

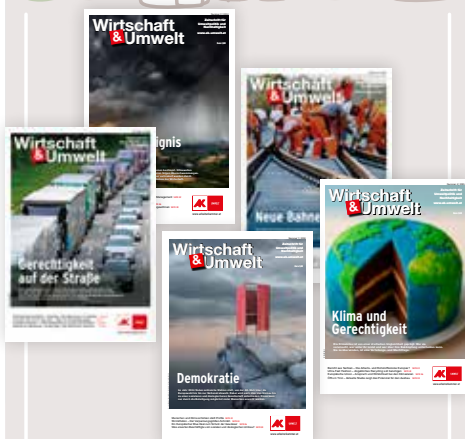
ist Direktorin des in Duisburg ansässigen Instituts „CAR – Center Automotive Research“

Wirtschaft & Umwelt

Ihre WUM
im Abo



Wirtschaft & Umwelt
kostenlos abonnieren
und vierteljährlich
Informationen
zu Umwelt, Mobilität
und dem sozialen &
ökologischen Umbau
unserer Wirtschaft
erhalten!



Frühere Themenhefte
können jederzeit nachbestellt
werden.

wirtschaft.umwelt@akwien.at

„Wir brauchen ein Klimaschutzgesetz, das diesen Namen verdient“

„Österreichs bekannteste Klimaanwältin“ Michaela Krömer spricht mit der Wirtschaft und Umwelt über aktuelle Klimaklagen und warum es höchste Zeit ist, im Kampf um den Rechtsstaat aufzuwachen.

Sie haben für Ihren Klienten Mex M. die erste österreichische Klimaklage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingebracht. Worum geht es in dem Fall und wie steht es darum?

Mein Klient leidet an Multipler Sklerose. Die Krankheit hat zur Folge, dass er an warmen Sommertagen auf den Rollstuhl angewiesen ist. An heißen Tagen, also ab 30 Grad Celsius, kann er seinen Rollstuhl nicht einmal mehr alleine schieben. Die Klimamaßnahmen in Österreich reichen nicht aus, um ihn zu schützen und ihm sein Recht auf eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Österreich ist aber der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten und somit zu umfassenden Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet. Das Gericht in Straßburg hat die Klage meines Mandanten zugelassen, was nur in wenigen Fällen geschieht. Er wäre weltweit die erste Einzelperson, die einen Staat verklagen konnte. Möglicherweise ergeht in den nächsten Monaten ein Urteil, und sollte er die Klage gewinnen, dann wäre dies ein großer Erfolg für alle Menschen in Österreich und Europa. Schließlich liegt der Grundgedanke des Verfahrens darin aufzuzeigen, dass die besonders

**„Wir leben leider in einer Zeit
des Scheinklimaschutzes.
... Die Frage ist, wie lang die
Gesellschaft dies toleriert.“**

vulnerablen Gruppen zwar als Erste betroffen sind, bei einer sich verschärfenden Klimaerhitzung es aber alle treffen wird.

**Welche Folgen könnte das
EGMR-Urteil für Österreich haben?**

Es würde zeigen, dass wir endlich ein Klimaschutzgesetz brauchen, das seinen Namen verdient hat. Ein Gesetz, das auf einem Treibhausgasbudget



© Fiona Freyberger

Wir sehen im Klimabereich, dass die Auswirkungen des Nichtstuns so massiv sind, dass dies bereits unsere geschützten Rechtsgüter betrifft.

basiert und das Pfad festlegt, wie die für 2040 anvisierte Klimaneutralität auch tatsächlich erreicht werden kann. Dazu müssen die Zwischenziele regelmäßig überprüft werden. Kurz gesagt, ein Gesetz, das überprüfbar ist. Dazu muss das Recht auf Schutz, das den Bürger:innen zugesprochen wurde, auch einklagbar sein. Bei dem Zusammenspiel von EU-Klimaschutzgesetzen und Grundrechten darf sich ein Mitgliedstaat nicht hinter der EU verstecken. Genau das macht Österreich aber. Weil das Verfahren vor dem EGMR prioritären Status erhalten hat, wird sein Urteil für alle Mitglieder des Europarats bedeutsam sein.

Zuletzt wurden Klimaklagen, beispielsweise in den Niederlanden und Deutschland, gewonnen. Halten Sie die Klimaklage für ein wirksames Instrument der Umweltbewegung?

Es ist ein sehr wirksames Instrument. Lassen Sie es mich so sagen: Rechte sind die Spielregeln unserer Gesellschaft. Wenn sich die Spielregeln ändern, muss sich die Gesellschaft ändern und somit haben sie eine sehr große Hebelwirkung. Viele Thematiken, insbesondere im Grundrechtsbereich, sind erst auf dem Gerichtsweg erkämpft worden. Wenn wir einen lebenswerten Planeten erhalten wollen, dann müssen wir die Spielregeln ändern und das wissen eigentlich auch alle. Eine Möglichkeit, dies sicherzustellen, ist eben über die Gerichte, die einschreiten können, wenn Rechte verletzt werden. Wir sehen im Klimabereich, dass die Auswirkungen des Nichtstuns so massiv sind, dass dies bereits unsere absolut geschützten Rechtsgüter betrifft, wie etwa das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Sie sagten gerade: „Das wissen auch alle.“ Das allgemeine Bewusstsein für Klima- und Umweltprobleme ist offenkundig vorhanden, nur die Gesetze beziehungsweise deren Durchsetzung hinken hinterher ...

Ja, wir leben leider in einer Zeit des Scheinklimaschutzes. Der erste Schritt der Veränderung mag darin liegen, dass man zumindest in Politik und Wirtschaft so tun muss, als ob Klimaschutz wichtig wäre, man aber dennoch weiterhin meint, die Realität leugnen zu können. Die Frage ist dann, wie lang die Gesellschaft dies toleriert, die ja mehrheitlich den Klimaschutz will. Anders gesagt: Wie lange lässt sich die Gesellschaft noch ablenken?

Wir erleben aber auch einen Backlash, wenn etwa Umweltaktivist:innen mit Einschüchterungsklagen mundtot gemacht werden oder sogar als Mitglieder angeblicher terroristischer Organisationen kriminalisiert werden.

Der „positive Aspekt“ mag hier sein, dass die Klimaschutzbewegung so stark geworden ist, dass man zu allen Mitteln greift, um sie zu schwächen. Es scheint also bei gewissen Gruppen eine große Angst vor dem Machtverlust zu geben. Hier stellt sich erneut die Gretchenfrage, wie stark der Rechtsstaat ist. Denn der müsste den Klimaaktivist:innen Sicherheit durch ein faires Verfahren bieten. Wenn bestimmte Handlungen eine Verwaltungsübertretung darstellen, dann sollen sie auch als solche gewertet werden. Wenn es jedoch zu einer überschießenden Kriminalisierung kommt und Straftatbestände herangezogen werden, dann ist das ein gezielter Angriff auf die Zivilgesellschaft. Der setzt sich fort, wenn versucht wird, NGOs das Geld abzdrehen, indem man ihnen die Gemeinnützigkeit und Spendenbegünstigungen entzieht. Im Diskurs darüber muss deutlich werden, dass dies ein Angriff auf Rechtsstaat und Demokratie ist. Die Knochenarbeit, die Aktivist:innen leisten, wird sogar als „Gutmenschenarbeit“ belächelt. Leider fehlt von denjenigen, die vom Rechtsstaat überzeugt sind, hier das entsprechende Eingreifen. Die schlafen bedauerlicherweise, und das ist brandgefährlich. **FJ**



Warum die Klimakrise eine psychologische Krise ist – und wie wir sie besser lösen können

Klimaangst und Verleugnung sind keine privaten Probleme, sondern Symptome einer tiefen psychologischen Krise. Hierbei sollten wir uns bewusst machen: Die eigentlichen Hürden liegen in unserem Steinzeit-Gehirn und den ungleichen Machtverhältnissen. Von THOMAS HADER



Thomas Hader

arbeitet in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der AK Wien zu den Themen Mobilitätsverhalten und Psychologie des sozialen und ökologischen Umbaus.

© privat

„Der Klimawandel ist, was auch immer er sonst noch sein mag, eine psychologische Krise.“ Mit diesem Satz machte der amerikanische Psychologe Bruce Poulsen bereits im Jahr 2018 auf eine Dimension der ökologischen Zerstörung aufmerksam, die in der öffentlichen Debatte noch immer unterschätzt wird. Während wir über technische Lösungen, Marktmechanismen und geopolitische Strategien diskutieren, übersehen wir, wie sich die Krise in unseren Gedanken und Gefühlen abspielt.

Die Bestandsaufnahme: Wenn die Umwelt die Psyche belastet

Die psychischen Folgen dieser Krise sind heute keine Theorie mehr, sondern für immer mehr Men-

schen schmerzhaftes Lebensrealität. Wie wir in Ausgabe 4/2024 der Wirtschaft und Umwelt berichteten, belasten Hitzewellen, Hochwasser und Dürren die psychische Gesundheit massiv. Die Hochwasserkatastrophe in Österreich im September 2024 hat gezeigt, wie vulnerabel wir sind. Studien belegen, dass Menschen, die von Extremwetter betroffen sind, oft noch Jahre später unter posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS), Depressionen und Angstzuständen leiden. Auch Hitze erhöht die Zahl psychischer Erkrankungen und kann zu Gewalt, insbesondere gegen Frauen, führen.

Die ökologischen Veränderungen wirken sich darüber hinaus auch indirekt auf das psychische Wohl-

befinden aus. Drei Viertel der jungen Menschen empfinden ihre Zukunft als beängstigend – ein Phänomen, das als Klimaangst oder „Eco-Anxiety“ bekannt ist. Hinzu kommt die „Solastalgie“, die Trauer über den unwiederbringlichen Verlust vertrauter Lebensräume. All dies macht deutlich, dass sich verändernde Umweltbedingungen tief auf das emotionale Erleben und die psychische Stabilität der Menschen auswirken.

Gleichzeitig zeigt sich ein paradoxes Bild: Österreich zählt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, zu den reichsten Ländern der Welt – dennoch nimmt die Zahl psychischer Erkrankungen seit

Jahren zu. Sie gehören mittlerweile zu den häufigsten Gründen für Langzeitkrankstände und Frühpensionierungen. Die Medizinische Universität Wien wies im vergangenen Herbst darauf hin, dass aktuell in Ös-

terreich über zwei Millionen Menschen – etwa 23 Prozent der Bevölkerung – von psychiatrischen Erkrankungen betroffen sind. Depressionen, Angst- und Suchterkrankungen bilden dabei die traurige Spitze. Die Medizinische Universität konstatiert eine massive Unterversorgung. Der österreichische Klimasachstandsbericht kommt zu dem Schluss, dass Österreich in der Gesundheitsprävention im Rahmen der Klimakrise noch in den Kinderschuhen steckt. Vieles, das als Prävention verkauft wird, ist im Kern lediglich Früherkennung, aber keine echte Förderung der Resilienz. Während man auf offiziellen Portalen in Deutschland, wie etwa dem des Umweltbundesamtes, konkrete Leitfäden zur mentalen Gesundheit findet, sucht man auf vergleichbaren österreichischen Webseiten vergeblich. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es politisch bequemer ist, diese Entwicklungen zu individualisieren und zu pathologisieren, indem besorgte Bürger:innen als „klimahysterisch“ abgetan oder Aktivist:innen kriminalisiert werden, anstatt die psychischen Ursachen und Mechanismen der Krise ernst zu nehmen. Eine solche Politik der Verleugnung spielt jenen in die Hände, die vom Fortbestand der bestehenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse profitieren.

Kurzfristig ermöglicht die Leugnung der Klimakrise das Funktionieren im Alltag, langfristig blockiert dies jedoch notwendige Veränderungsprozesse.

Kurzgefasst

Die Klimakrise ist untrennbar mit unserer Psyche verknüpft. Evolutionäre Mechanismen wie Verleugnung dienen als seelischer Schutzschild, werden jedoch oft politisch instrumentalisiert. Eine Lösung läge im Umbau zu einer Wirtschaft, die unser Fürsorgesystem stärkt und Existenzängste abbaut. Erst durch sozialen Wohlstand gewinnen wir die Kraft für ökologische Veränderung.

Über die Folgen hinaus: Psychologie als Ursache und Ressource

Poulsens These der Klimakrise als psychologischer Krise geht jedoch über die Beschreibung der Folgen hinaus. Er versteht die menschliche Psyche nicht nur als Leidtragende der Klimakrise, sondern auch als einen zentralen Ort ihrer Entstehung. Auf den ersten Blick mag es weit hergeholt erscheinen, eine globale Krise, deren Ursachen tief in ökonomischen, technischen und politischen Strukturen liegen, als psychologische Krise zu bezeichnen. Doch letztlich sind es Menschen, die diese Systeme gestalten und aufrechterhalten. Ihr Handeln beruht auf Werten, Einstellungen und – nicht zuletzt – Emotionen.

Ein Schlüssel zum Verständnis liegt in der Funktionsweise unseres Gehirns, das laut Forscher:innen in seinen Grundzügen immer noch so arbeitet wie vor 35.000 Jahren. Wir versuchen, eine hochkomplexe, globale Bedrohung mit einem Bewusstsein zu steuern, das – nach heutiger Forschung – lediglich etwa zehn Bits pro Sekunde verarbeiten kann. Zur Veranschaulichung: Ein Bit pro Sekunde entspricht etwa einem Tastaturanschlag pro Sekunde. Demgegenüber steht ein unbewusster Datenstrom von etwa einer Milliarde Bits pro Sekunde, der unsere Sinnesorgane unablässig flutet. Wir blicken also durch ein winziges „Schlüsselloch“ auf die Realität und treffen Entscheidungen auf Basis stark vereinfachter Ausschnitte.

Um mit dieser Komplexität unserer Eindrücke umzugehen, nimmt unser Gehirn unbewusste Vereinfachungen vor, die sogenannten „Urteilsheuristiken“. Diese mentalen Abkürzungen sind im Alltag hilfreich, können jedoch in komplexen Situationen in die Irre führen. So lässt uns beispielsweise die Verfügbarkeitsheuristik jene Risiken überschätzen, die emotional präsent oder medial stark sichtbar sind (z. B. Kriminalität), während langfristige, abstrakte Bedrohungen wie die Klimakrise unterschätzt werden. Ein weiteres Beispiel ist der „Confirmation Bias“, der dazu führt, dass wir Informationen bevorzugen, die unsere bestehenden Überzeugungen bestätigen. Besonders wirksam ist auch die Verlustaversion: Verluste werden bis

Mit der Verheißung technischer Wunderlösungen untergraben mächtige Wirtschaftslobbys aktiv unseren Drang zur Veränderung.

zu 2,5-mal stärker gewichtet als mögliche Gewinne, was tiefgreifende Veränderungen erschwert. Zusätzlich greift unser Gehirn auf hochwirksame Abwehrmechanis-

men zurück, um unangenehme Konflikte und Gefühle zu bewältigen. Verdrängung und Verleugnung sind die bekanntesten, aber auch Projektionen, bei denen wir eigene verdrängte Anteile anderen unterstellen, spielen eine Rolle. Diese Mechanismen werden politisch verstärkt durch den „Lukewarmism“ (siehe Beitrag S.20).

Um die Dynamik zwischen unserem Verhalten und dem Wirtschaftssystem zu verstehen, hilft ein Blick auf das Drei-Kreise-Modell des Psychologen Paul Gilbert. Er unterscheidet drei grundlegende emotionale Regulationssysteme, die unser Handeln steuern: das Bedrohungssystem (Threat), das Antriebssystem (Drive) und das Fürsorgesystem (Soothe). Das Bedrohungssystem dient dem Überleben und reagiert auf Gefahr mit Angst oder Wut, außerdem aktiviert es Schutzreaktionen wie Flucht oder Erstarrung. Das Antriebssystem motiviert zu Zielverfolgung, Belohnungssuche und Wachstum. Das Fürsorgesys-

tem ist für Beruhigung, soziale Verbundenheit und Sicherheit zuständig. Es wird aktiv, wenn wir uns um andere kümmern oder uns geborgen fühlen, und bildet die psychologische Basis für Kooperation und langfristiges Denken.

Unser aktuelles Wirtschaftssystem ist überwiegend auf den „Drive“ programmiert: Wachstum, Profitmaximierung und Konsum werden als Glücksversprechen inszeniert. In Kombination mit chronischer Bedrohung – durch Krisen und Existenzängste – gerät das Soothe-System zunehmend ins Hintertreffen. In einem solchen Zustand sind empathische und weitsichtige Entscheidungen nur schwer umzusetzen.

Verleugnung als politisch missbrauchtes Notfallprogramm

Wir müssen verstehen, dass all diese Mechanismen kein Zeichen mangelnder Intelligenz oder moralischen Versagens sind, sondern hochwirksame psychische Schutzstrategien. Auf die Einsicht, dass unsere Lebensweise die eigenen Lebensgrundlagen zerstört, reagiert die Psyche mit Selbstschutz. Kurzfristig ermöglicht dies das Funktionieren im Alltag, langfristig blockiert es jedoch notwendige Veränderungsprozesse. Dieser Umgang ist jedoch kein rein privates Problem, sondern ein Spiegelbild von Machtverteilungen. Einstellungen, Werte und Leitbilder werden sozial erlernt und politisch mitgeprägt. Arbeiten wie jene der Sozioökonomin Miriam Rehm zeigen Zusammenhänge zwischen Klimaskepsis, konservativen Werthaltungen und traditionellen Männlichkeitsbildern auf. Das Bild des Menschen als „Ingenieur des Planeten“, der die Natur unterwirft und ausbeutet, ist ein zutiefst patriarchales und neoliberale Rollenbild. Eckhart von Hirschhausen erklärte treffend: „Du kannst die Welt nicht ehrenamtlich retten, solange andere sie hauptberuflich zerstören.“ Rehm weist darauf hin, dass eine wirksame Klimapolitik die Infragestellung dieser Männlichkeitsbilder, eine Neuausrichtung der Wirtschaft auf Solidarität und den Ausbau sozialer Infrastruktur erfordert.

Für Arbeitnehmer:innen ist diese Perspektive zentral. Einerseits nehmen psychische Belastungen im Arbeitsleben zu, andererseits wächst das Gefühl von Ohnmacht angesichts der Vielfachkrise. Während individuelles Konsumverhalten mora-





Die Müller-Lyer-Täuschung zeigt,

dass wir rational etwas wissen können (hier etwa, dass die beiden horizontalen Linien gleich lang sind), wir uns aber dennoch in unserer Wahrnehmung täuschen.

Unser Gehirn interpretiert das Bild anhand früherer räumlicher Erfahrungen. Pfeilspitzen und -enden werden unbewusst als Hinweise auf Nähe oder Distanz gelesen. Dadurch erscheint die obere Linie länger, obwohl beide gleich lang sind.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass Wahrnehmung kein neutraler Spiegel der Realität ist, sondern immer gefiltert wird durch Erfahrung, Prägung und emotionale Bewertung. Bei komplexen Themen wie der Klimakrise unterliegen wir genau solchen Wahrnehmungs- und Denkverzerrungen. Selbst wenn uns die Fakten bekannt sind, ziehen wir Schlussfolgerungen, die von unseren psychischen Schutzmechanismen, Weltbildern und sozialen Rollen geprägt sind und nicht allein von rationalem Wissen.

lich bewertet wird, darf das neoliberale System an bestehenden Profitlogiken festhalten. Es bedeutet weiterhin Ressourcen – einschließlich menschlicher Arbeitskraft – systematisch aus und schädigt dabei auch die psychische Gesundheit.

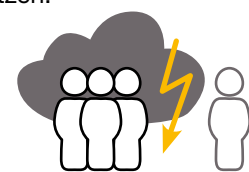
Bruce Poulsen betont dazu, dass es eine Form der Verleugnung gibt, die alles andere als unbewusst ist: die gezielte Leugnung aus kommerziellen Interessen. Hier wird Psychologie zur Waffe. Mächtige Lobbys betreiben seit Jahrzehnten einen enormen Aufwand, um Zweifel zu säen. Sie suggerieren, dass „die Wissenschaft uneinig“ sei oder dass „technische Wunderlösungen“ oder „Technologieoffenheit“ uns ans Ziel bringen. Damit wird unser Drang zur Veränderung aktiv untergraben. Die Klimakrise als psychologische Krise zu begreifen, ist daher alles andere als abstrakt. Es geht um Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und politische Teilhabe. Die Verleugnung der psychologischen Dimensionen wirkt dabei selbst als Machtinstrument: Sie verhindert kollektive Orientierung und verschiebt Verantwortung auf das Individuum, um den Status quo zu schützen.

Der Befreiungsschlag: Warum wir gewinnen, wenn wir uns für Veränderungen einsetzen

Die Auseinandersetzung mit der psychologischen Dimension der Klimakrise muss nicht in Resignation münden. Im Gegenteil: Die Anerkennung unserer Begrenztheit kann entlastend wirken. Wenn wir akzeptieren, dass wir komplexe Systeme nicht vollständig verstehen und kontrollieren können, eröffnet sich Raum für neue Formen von Wohlstand und Lebensqualität.

Anstelle einer Verzichtsdebatte braucht es eine andere Erzählung: Wir verzichten nämlich nicht auf Lebensqualität, sondern auf eine Illusion, die uns überfordert und krank macht. Ein psychologisch verstandener Wohlstand bemisst sich nicht an ständigem Wachstum, sondern an Zeit, Gesundheit, sozialer Sicherheit und tragfähigen Beziehungen. Wie das jeder für sich in seinem individuellen Leben umsetzen kann, behandelt der nachfolgende Beitrag S. 14. Politisch bedeutet das: Ausbau sozialer Infrastruktur, Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine Wirtschaft, die Fürsorge und Kooperation in den Mittelpunkt stellt. Nur wenn Existenzängste reduziert werden, können Menschen ihre psychischen Ressourcen für gesellschaftliche Veränderung mobilisieren.

Die Klimakrise ist eine ökologische, ökonomische und zutiefst psychologische Herausforderung. Sie zwingt uns, unsere inneren Schutzmechanismen zu erkennen und zugleich jene Machtverhältnisse zu benennen, die diese Mechanismen gezielt ausnutzen. Die Bewältigung der psychologischen Krise ist somit eng mit einer politischen Befreiung verbunden. Denn psychische Gesundheit und Klimaschutz lassen sich nicht gegeneinander ausspielen – sie bedingen einander. Wir können unsere Lebensgrundlagen nur schützen, wenn wir uns gemeinsam vor Überlastung und Existenzangst schützen. □



75 Prozent der jungen Menschen

empfinden ihre Zukunft als beängstigend.

Die Glücksfalle Kapitalismus: Warum Konsum uns nicht erfüllt

Mehr Geld, mehr Konsum, mehr Erfolg - und trotzdem keine Zufriedenheit. In einer Welt neoliberaler Versprechen sollten wir uns fragen, was uns wirklich glücklich macht - und was das für unseren Umgang mit der Klimakrise bedeutet. Von ANNA PRIBIL



Anna Pribil
ist Klimapsychologin,
berät als Eco-Consultant,
führt einen Forstbetrieb
und ist im Vorstand der
Psychologists for future
Austria.

© Thomas Sattler

Der Kapitalismus basiert auf einem einfachen Versprechen: Wer sich anstrengt, erfolgreich ist und konsumiert, wird glücklich. Diese Erzählung ist tief in unsere Alltagskultur eingeschrieben – in Werbung, Karriereidealen und Selbstoptimierungsrhetorik. Aus umweltpsychologischer Sicht handelt es sich dabei um ein klassisches Miswanning: Wir überschätzen systematisch, wie stark äußere Güter unser Wohlbefinden steigern können.

Studien aus der Positiven Psychologie zeigen seit Jahrzehnten, dass Einkommen nur bis zu einem gewissen Punkt zur Lebenszufriedenheit beiträgt. Danach flacht der Effekt stark ab. Dennoch rennen wir weiter auf dem hedonistischen Laufband. Der deutsche Neurobiologe Gerald Hüther bringt es auf den Punkt: „Kaufen ist oft nur eine Ersatzbefriedigung – ein Versuch, ein inneres Defizit von außen zu füllen.“ In einer Welt permanenter Vergleichbarkeit wird Glück zur Ware und Zufriedenheit zum individuellen Leistungsnachweis. Das Problem: Diese Logik ist nicht nur psychologisch fragwürdig, sondern auch ökologisch zerstörerisch.

Was Menschen wirklich glücklich macht – jenseits der Marktlogik

Wenn Geld und Konsum keine verlässlichen Glücksquellen sind, was dann? Die Forschung ist hier erstaunlich eindeutig. Nachhaltiges Wohlbefinden entsteht vor allem durch Zeitwohlstand, soziale Beziehungen, Sinnerleben und die Fähigkeit zu Genuss und Achtsamkeit. Empirische Befunde bestätigen diese Perspektive:

Engagiertes Handeln wirkt nicht nur individuell sinnstiftend, sondern kann kollektive Dynamiken auslösen.

In einer integrativen Analyse zeigt die beiden Ökonomen Admassu N. Lamu und Jan Abel Olsen im Jahr 2016, dass subjektives Wohlbefin-

den deutlich stärker mit sozialen Beziehungen und Gesundheit zusammenhängt als mit Einkommen – ein Befund, der die Dominanz materieller Glücksversprechen grundsätzlich infrage stellt.

Menschen, die Zeit als gestaltbar erleben, berichten von höherer Lebenszufriedenheit als jene mit hohem Einkommen, aber chronischem Zeitmangel. Funktionierende Beziehungen wirken wie ein psychologischer Puffer gegen Stress, Krisen und Zukunftsängste. Sinn entsteht wiederum dort, wo wir uns als Teil von etwas Größerem erleben, sei es durch Engagement, Fürsorge oder gemeinschaftliches Handeln. Diese Perspektive verschiebt den Fokus: weg vom Lebensstandard-Denken („Was kann ich mir leisten?“) hin zum Lebensqualität-Denken („Wie und mit wem lebe ich?“). Wer hat funktionierende Beziehungen? Wer hat Zeit für schöne Dinge? Wer erlebt Selbstwirksamkeit – nicht durch Konsum, sondern durch Gestaltung?

Zwischen Angst, Untätigkeit und Selbstwirksamkeit

Die Klimakrise konfrontiert viele Menschen mit Angst, Überforderung oder Verdrängung. Doch auch andere Emotionen wie Wut, Trauer und Schmerz angesichts von Umweltverlust (Solastalgie) können auftreten. Wichtig ist zunächst, die eigenen Gefühle wahrzunehmen und zuzulassen. Angst kann lähmen oder in Abwehrreaktionen münden. Die sogenannten „Drachen der Untätigkeit“ beschreiben psychologische Barrieren wie Verdrängung, soziale Normen oder gefühlte Wirkungslosigkeit, die selbst gut informierte Menschen am Handeln hindern. Wut wirkt hingegen oft eher motivierend und bewirkt, dass Menschen sich engagieren.

Positive Psychologie

Der US-Psychologe Abraham Maslow kritisierte an der damaligen klinischen Psychologie der 1960er Jahre, dass sie sich vorwiegend mit Defiziten oder Mängeln befasste. Menschen wurden beschrieben anhand dessen, was ihnen fehlte. Die Positive Psychologie hingegen widmet sich den „positiven“ Aspekten des Menschseins: Glück, Verzeihen, Geborgenheit oder Solidarität.

Glück kann im Kleinen liegen. Ein Kräutergärtlein spendet Freude an der Natur und bietet die Gelegenheit, Aufgaben achtsam und ohne Stress zu erledigen.

Hier kommt Selbstwirksamkeit ins Spiel – allerdings nicht im Sinne neoliberaler Selbstoptimierung: „Wenn du nur willst, schaffst du es“, sondern als kollektive Erfahrung: „Gemeinsam können wir etwas bewirken.“ Studien zeigen, dass gemeinschaftliches Engagement Resilienz stärkt und Ohnmachtsgefühle reduziert. Solidarität wirkt stabilisierend – gerade in Krisenzeiten.

Kleine Schritte, große Wirkung

Was können Einzelne tun? Veränderungen im Alltag, etwa beim Heizen, der Mobilität oder der Ernährung, sind sinnvoll. Ein geringerer Energieverbrauch schont nicht nur das Klima, sondern oft auch die eigene Gesundheit. Pflanzliche Ernährung, aktive Mobilität oder gut gedämmte Wohnungen haben positive Nebeneffekte auf Wohlbefinden und Lebensqualität. Gewohnheiten zu verändern ist jedoch anspruchsvoll. Im Durchschnitt dauert es rund 66 Tage, bis sich neue Routinen stabil etabliert haben. Veränderung braucht Zeit, Unterstützung und realistische Erwartungen. Gleichzeitig ist klar: Die Klimakrise ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem. Die großen Hebel liegen bei Politik und Wirtschaft. Fossile Subventionen, globale Lieferketten und Wachstumszwänge lassen sich nicht durch individuelles Konsumverhalten allein lösen.

Kurzgefasst

Der Glaube, dass Wohlstand, Konsum und individuelle Leistung automatisch glücklich machen, prägt unsere Gesellschaft – und blockiert wirksames Handeln in der Klimakrise. Der Artikel zeigt, warum dieses „Miswanting“ psychologisch erklärbar ist, was Menschen nachweislich zufrieden macht und weshalb individuelles Engagement zwar wichtig ist, aber kein Ersatz für strukturelle Veränderungen sein kann.



25 Prozent einer Gruppe

reichen aus, um sozialen Wandel zu beschleunigen.

Experimentelle Forschung zeigt: Sobald ein Viertel konsequent neue Normen lebt, werden diese von der gesamten Gruppe übernommen.

Und dennoch: Alle großen gesellschaftlichen Bewegungen – von der Frauenbewegung bis zur Bürgerrechtsbewegung – haben klein begonnen. Bottom-up-Dynamiken aus der Gesellschaft können politische Veränderungen anstoßen. Individuelles Handeln wird dann wirksam, wenn es sich vernetzt, sichtbar wird und kollektiven Druck erzeugt.

Gesellschaftliche Transformation und soziale Kipppunkte

Wie im Klimasystem verlaufen auch gesellschaftliche Veränderungen nicht linear. Lange scheint sich wenig zu bewegen, bis ein sozialer Kipppunkt erreicht wird und Wandel sich plötzlich beschleunigt. Für tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen braucht es keine Mehrheit, sondern eine engagierte, sichtbare Minderheit. Eine viel zitierte experimentelle Studie aus dem Journal Science im Jahr 2018 hat gezeigt, dass sich neue soziale Normen dann rasch durchsetzen, wenn etwa ►

Konkrete Handlungsmöglichkeiten reduzieren Hilflosigkeit und stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit.

25 Prozent der Bevölkerung eine Überzeugung oder Praxis konsequent vertreten. Wird diese Schwelle überschritten, kippen bestehende Normen – selbst dann, wenn die anfängliche Mehrheit skeptisch bleibt. Veränderung wird plötzlich „normal“. Dies ist eine zentrale Erkenntnis für die Klimadebatte. Gesellschaftlicher Wandel beginnt nicht erst, wenn alle überzeugt sind, sondern er beginnt dort, wo eine kritische Masse sichtbar handelt, Alternativen vorlebt und neue Vorstellungen von Wohlstand, Lebensqualität und Verantwortung etabliert. Aus psychologischer Perspektive bedeutet das: Engagiertes Handeln wirkt nicht nur individuell sinnstiftend, sondern kann kollektive Dynamiken auslösen. So verstanden ist individuelles Engagement also kein Ersatz für politische Maßnahmen, sondern oft deren Voraussetzung. Hoffnung entsteht dort, wo wir begreifen: Wir müssen nicht alle mitmachen, aber wir müssen genug sein.

Jenseits des Wachstums: Lebensqualität statt Lebensstandard

Auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen ist unendliches Wachstum unmöglich. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, stößt an ökologische und soziale Grenzen. Der Ökonom Niko Paech plädiert deshalb für eine Postwachstumsökonomie, die auf Suffizienz, regionale Strukturen und soziale Teilhabe setzt. Dabei geht es ihm nicht um Verzicht um jeden Preis, sondern um eine andere Vorstellung von Wohlstand. Entweder wir gestalten diesen notwendigen Wandel aktiv – oder das System verändert sich später durch Krisen, Knappheit und soziale Verwerfungen. Dann allerdings nicht zu unseren Bedingungen.

Klimagerechtigkeit ist dabei zentral: Diejenigen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben, leiden bereits heute am stärksten unter ihren Folgen. Eine gerechte Transformation muss deshalb soziale Fragen mitdenken – global wie lokal. Die Glücksfalle Kapitalismus zu erkennen, bedeutet nicht, individuelle Wünsche zu verurteilen. Es bedeutet, sie zu hinterfragen und Raum zu schaffen für ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen.

Handlungsmöglichkeiten mit Handabdruck

Ein häufiger Grund, warum sich Menschen angesichts der Klimakrise hilflos fühlen, ist das Gefühl „Ich alleine kann doch nichts bewirken“. Genau hier setzt die psychologische Forschung an. Konkrete Handlungsmöglichkeiten reduzieren Hilflosigkeit und stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit. Selbstwirksamkeit ist ein zentraler Schutzfaktor für mentale Gesundheit und nachhaltiges Engagement.

Deshalb ist es hilfreich, den Blick nicht nur auf den individuellen ökologischen Fußabdruck zu richten, sondern auch auf den ökologischen Handabdruck. Damit ist die Wirkung gemeint, die wir über unsere eigenen Entscheidungen hinaus gemeinsam mit anderen entfalten können. Denn oft sind es nicht einzelne Konsumententscheidungen, sondern kollektive Aktionen und strukturelle Hebel, die große Wirkung entfalten können:

- **Mobilität:** sich in Initiativen für Radwege, Öffi-Ausbau oder Verkehrsberuhigung engagieren, lokale Fahrgemeinschaften organisieren, Bürger:innenbeteiligungen unterstützen,
- **Energie:** in Energiegenossenschaften einsteigen, Mieterstromprojekte unterstützen, bei der Kommune für Solar- und Wärmewende aktiv werden,
- **Ernährung:** lokale Food-Coops, Gemeinschaftsgärten oder Schulprojekte zur klimafreundlichen Ernährung mittragen, Gemeinschaftsküchen initiieren,
- **politische Hebel:** Petitionen unterschreiben, an Bürger:innenräten teilnehmen, lokal Druck auf Entscheidungsträger:innen ausüben, Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen werden.

Nicht jede und jeder muss alles machen. Es geht darum, ein Projekt zu finden, das zu den eigenen Stärken und Interessen passt. Manche sind gut im Organisieren, andere in der Kommunikation, wieder andere in technischen Lösungen oder im Umgang mit Menschen. Jede:r kann im eigenen Rahmen etwas Wirksames beitragen, und genau darin liegt die Grundlage für eine gesellschaftliche Transformation. □

Nachlesen

Publikationen zu Klimawandel und mentaler Gesundheit hier abrufen:



„Wir brauchen demokratische Institutionen für den ökologischen und sozialen Wandel“

Sophia Rut vom Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur Wien beschäftigt sich seit vielen Jahren wissenschaftlich mit dem Umweltaktivismus in Österreich.

Die Aufbruchstimmung der Klima- und Umweltbewegung ist verflogen. Wie gehen Aktivist:innen damit um?

Ich würde hier zwischen Klima- und Umweltbewegung unterscheiden. Die Klimabewegung bildete eine neue Jugendbewegung. Teilweise verband sie sich mit bestehenden Strukturen der älteren Umweltbewegung, aber unter dem Banner ernsthaften Klimaschutzes und einer lebenswerten Zukunft. Die Energie eines solchen Moments ist schwer zu halten. Zudem ist die Klimakrise in ihrer Komplexität quasi der Endgegner einer jungen Bewegung. Eine Papierfabrik, die giftige Abwässer in einen Fluss leitet, ist ein brauchbares Feindbild, aber beim Thema Klimawandel wird zum Teil die Öffentlichkeit selbst zum Gegner. Also normale Leute, die mit dem Auto fahren. Als während Corona die mediale Aufmerksamkeit für das Thema Klima wegbrach, wurde es hart. Aktivist:innen erzählten mir, dass sie damals zu Selbsthilfegruppen für junge Menschen mit Climate Anxiety mutierten. Allerdings möchte ich festhalten, dass viele der damaligen Schüler:innen die Themen Umwelt- und Klimaschutz in ihr Studium oder ihren späteren Beruf getragen haben. Die Klimabewegung war somit prägend für eine ganze Generation.

Ob in Zwentendorf oder Hainburg, der Umweltaktivismus in Österreich konnte ja bereits die Welt verändern – nicht wahr?

Ja, in den 1970er und 1980er Jahren konnten viele Bauprojekte durch die aufkommende Umweltbewegung verhindert werden. Diese Zeit war

ein Fenster der Möglichkeiten und des gesellschaftlichen Dialogs in Umweltfragen. Der Begriff „Umwelt“ erschien auf der Bildfläche und wurde mit einer anderen Bedeutung gefüllt als zuvor die „Natur“. Doch bereits Ende der 1980er Jahre kippte für den Umweltaktivismus auf der Straße die Stimmung. Vorwürfe, es handle sich um Terrorismus, kamen auf. Ab Mitte der 1990er Jahren setzten Industrie- und Kapitalinteressen den Ansatz durch, dass Umweltschutz die private Verantwortung der Konsument:innen sei und bei Kaufentscheidungen im Supermarkt erfolge. Leider konnten in den goldenen Jahren der Umweltbewegung keine demokratischen Institutionen geschaffen werden, die effektiv das Wirtschaften zu einem „gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur“ ausformten, wie es die Soziale Ökologie nennt.

Was könnte die Politik durch den Umweltaktivismus eigentlich lernen?

Ich würde die Politik weniger als einen einheitlichen Block verstehen, sondern vielmehr als ein Spielfeld gesellschaftlicher Kräfte und deshalb die Frage zuspitzen: Wie kann sich bestmöglich in Österreich eine Allianz zwischen an Umweltschutz und an sozialer Gerechtigkeit interessierten Kräften bilden? Ein machtvoller „Labour-Environmentalism“, der die Zusammenhänge dieser beiden Anliegen klar formuliert und demokratische Institutionen einfordert, um Maßnahmen auch durchzusetzen. Der Plan für den sozialen und ökologischen Umbau der Arbeiterkammer Wien ist dazu bereits ein guter Beitrag. Wir brauchen dringend eine solche



© Aaron Kimmig

Allianz für ein echtes österreichisches Klimaschutzgesetz, das sowohl Klima und Umwelt als auch arbeitende Menschen und Menschen mit Sorgeverantwortungen schützt!

Würden Sie sagen, dass Umweltaktivismus dem Einzelnen hilft, seinem Leben Sinn zu geben und sich weniger machtlos zu fühlen?

Ja, das würde ich sagen. Aber nur, wenn es gelingt, sich weder am unbezahlten Aktivismus energetisch auszubrennen noch die Lust am Leben zu verlieren. Gerade für Aktivist:innen ist es essentiell, sich selbst und als Gruppe regelmäßig etwas Gutes zu tun. In zahlreichen Interviews, die ich mit älteren Menschen über ihr Leben und ihren Umweltaktivismus geführt habe, wurde angesprochen, wie sehr die Aktivist:innen von ihrem Engagement profitiert haben. Viele haben das tatsächlich genauso gesagt, ohne diese Frage gestellt bekommen zu haben, die Sie mir hier stellen. Dabei ging es nicht nur um die durch den Aktivismus erlernten Fähigkeiten oder um die Freundschaften, die daraus erwachsen sind, sondern einige haben mir von innerer Stärke, Zugehörigkeit und der Verbundenheit zur Welt um sie herum erzählt, die sie ihrem Umweltaktivismus verdanken. **FJ**

Nein. Ein kurzer Ausflug in die Geschichte: Die Stadt London wurde in den 1660er Jahren von grausamen Pestwellen heimgesucht, sie brannte nahezu vollständig ab und man befürchtete eine neue Eiszeit, wegen der immer kälteren Winter. Statt des allgemein erwarteten Weltuntergangs kam eine Blütezeit. **Das aufgeklärte London hörte auf die Wissenschaft und setzte deren Erkenntnisse um**, von der Kanalisation zum Seuchenschutz bis hin zu Bauvorschriften zum Brandschutz. Die Stadt wurde schöner und lebenswerter. **Warum sollte uns heute nicht Ähnliches gelingen?**

„Die Klimakatastrophe ist unausweichlich!“

„Wetter hat es immer gegeben“

Es ist eine natürliche Reaktion, angesichts einer so großen Aufgabe wie des Kampfes gegen die Klimakatastrophe zu hoffen, es sei vielleicht alles nur ein Irrtum. **Wir haben es aber nicht mit den Zufälligkeiten des sich wandelnden Wetters zu tun, sondern mit einer gut dokumentierten und präzise vorhergesagten Klimaerhitzung.** Je stärker wir die Augen davor verschließen, desto größer wird das Problem. Warum begreifen wir es nicht als Chance, heute etwas zu ändern, solange die negativen Folgen der Klimaänderung noch vergleichsweise gering sind?

Schon oft gehört?

Die Klimakrise wäre allein schon weniger krisenhaft, wenn die Diskussion darüber nicht immer wieder entlang der gleichen Stehsätze geführt würde. Hier ein paar typische „Highlights“ und was sich dazu sagen lässt. Von FRANK JÖDICKE

„Die Klimakrise muss mit technischer Innovation gelöst werden.“

Dieser Gedanke fußt auf einem geradezu kindlichen Rückzug: „Jemand, der schlauer ist als ich, wird das Problem für mich lösen.“ Ganz fraglos werden technische Neuerungen wichtig sein, aber die notwendigen Änderungen eines sozialen und ökologischen Umbaus können nicht vollständig an andere übertragen werden. **Warum die Klimakrise nicht als gemeinsame Aufgabe betrachten, die durch technische, soziale und politische Maßnahmen bewältigt wird?**

In diesem Argument vermischen sich Ohnmacht und Ressentiment. Tatsächlich gibt es nicht „die Chinesen“, sondern Menschen, die in China leben und sich auch wegen der Klimakatastrophe sorgen. Und sie tun sogar viel dagegen: Die Erneuerbaren sind zur bedeutendsten Energiequelle des Landes geworden und in wenigen Jahren konnte ein Hochgeschwindigkeitszugsystem errichtet werden. **Sollten wir uns im Kampf gegen die Klimakrise nicht als Weltgemeinschaft erleben?**

„Wenn die Chinesen nichts tun, ist unser Beitrag sinnlos ...“

Von lauwarmer Vermeidungspolitik zur echten Gestaltung für die Vielen

Die Regierenden sollten alles daransetzen, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden – lautet das einhellige Urteil der Wissenschaft. Die Politik jedoch sendet ganz andere Signale. Was ist davon zu halten? Und wie müsste verantwortungsvolles staatliches Handeln wirklich aussehen? Von IVO PONOCNY, KATHARINA HAMETNER und MARKUS WRBOUSCHEK



Katharina Hametner arbeitet an der Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud Privatuniversität Wien zu den Themen Ungleichheit, sozial-ökologische Transformation und Ressentiment.

© SFU



Ivo Ponocny arbeitet an der Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud Privatuniversität Wien zu den Themen Umweltpsychologie, nachhaltige Entwicklung und Wohlbefinden.

© SFU



Markus Wrboushek lehrt Sozialpsychologie und Methoden Qualitativer Sozialforschung an der Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud Privatuniversität und arbeitet wissenschaftlich zu moralischen Gefühlen und Nachhaltigkeit.

© SFU

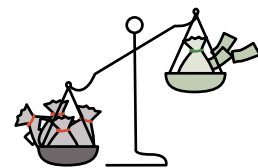
Immer mehr Menschen, insbesondere Jugendliche, machen sich Sorgen um die Umwelt und über die Erderhitzung. Diese als Eco-Anxiety bekannte gewordene Angst geht über umweltbezogene Sorgen hinaus und beinhaltet auch Gefühle wie Schuld, Wut und nicht zuletzt Hilflosigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Trägheit. Die Sorgen sind durchaus berechtigt, solange die Entscheidungen der politisch Verantwortlichen nicht auf einen rigorosen Klimaschutz abzielen. Seit dem Ersten Sachstandsbericht des IPCC zum Klimawandel im Jahr 1990 wurde mehr menschengemachtes CO₂ ausgestoßen als in all den Jahren zuvor. Der meiste Ausstoß fand somit zu einer Zeit statt, in der dessen Schädlichkeit bereits allgemein bekannt war. Selbst jetzt ist die Politik nicht willens, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen – in vielen Teilen der Welt sogar weniger als noch vor einigen Jahren. Besonders deutlich wird dies in den USA, aber auch in Österreich, etwa bei der Verteuerung des Klimatickets.

Die Notwendigkeit politischer Rahmenbedingungen

Aber ist gesellschaftliches Handeln denn nicht die Summe individueller Entscheidungen? Liegt es nicht an den Konsumierenden, wie viel Treibhausgase ihr Lebensstil in die Atmosphäre ausstößt? Nicht ganz, denn die persönlichen Handlungsmöglichkeiten werden maßgeblich durch die Rahmenbedingungen mitbestimmt: Ob wir auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können, hängt vom Angebot einer zumutbaren Infrastruktur ab. Ob wir auf erneuerbare Energien wechseln, hängt von deren Kosten ab. Und wie klimafreundlich die Produkte hergestellt werden, die wir konsumieren, hängt von den Preisen für fossile Treibstoffe ab. Diese werden wiederum durch Steuern und Förderungen bestimmt.

Der Ölkonzern BP propagierte in den früher 2000er Jahren die individuelle Berechnung des ökologischen Fußabdrucks, um von der Verantwortlichkeit der Industrie abzulenken und den Blick auf einzelne Konsument:innen zu richten. Es sollte der Eindruck erweckt werden, dass Einzelne ohne große Opfer gar nichts Maßgebliches für Nachhaltigkeit tun könnten. Den Entscheidungstragenden in Politik und Wirtschaft ist es hingegen sehr wohl möglich, weitreichende Maßnahmen umzusetzen, da sie festlegen, was besteuert oder gefördert wird, worin investiert wird und worin nicht, was ausgebaut und was rückgebaut wird, und nicht zuletzt, wofür oder wogegen massive Stimmungsmache betrieben wird.

Auch wenn in Österreich, Deutschland oder der EU keine so extremen Rückschritte wie in den USA zu verzeichnen sind (wie etwa der US-Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen), so wurden auch hierzulande Maßnahmen zurückgenommen oder abgeschwächt – etwa das sogenannte Verbrennerverbot oder Förderungen für erneuerbare Energien. Dies wird gerne mit wirtschaftlicher Notwendigkeit begründet, obwohl Studien gerade auf die ökonomischen Auswirkungen von mangelndem Klimaschutz hinweisen, von den Kosten für Strafzahlungen, wie sie gerade für Österreich drohen, ganz zu schweigen.



178 Billionen Dollar Schaden

durch mangelhaften Klimaschutz stehen einem Nutzen von 43 Billionen gegenüber, wenn entsprechende Investitionen getätigt werden.

Lukewarmism – Halbherzigkeit in Worten und Taten

Da weder aus ökonomischer noch aus ökologischer Sicht diese Strategie zu rechtfertigen ist, verwundert es nicht, dass sie von unsachlicher Kommunikation begleitet wird. Diese besteht – zumindest bei der aktuellen Bundesregierung – nicht in glatter Klimawandelleugnung, sondern in etwas, das der australische Ethikprofessor Clive Hamilton zugespitzt als „Lukewarmism“ bezeichnet: die „lauwarme“ Ansicht, dass die Probleme mit milden Maßnahmen lösbar wären, die von niemandem eine drastische Umstellung verlangen. Rettung könne etwa durch technische Innovation geschehen, die tiefgreifende, gesellschaftliche Umgestaltung überflüssig macht. Lukewarmism bedeutet also das zu tun, was niemandem weh tut, und zu kommunizieren, als wäre das ausreichend und sogar „vernünftig“. Häufig beruft man sich dabei auf den „Hausverstand“, der im Gegensatz zu angeblich übertriebenen, wirtschaftsgefährdenden Maßnahmen stehe. Dies widerspricht allerdings umweltökonomischen Modellrechnungen, die den wirtschaftlichen Verlust durch mangelndes Handeln als ungleich größer bewerten als die Kosten der Umstellung auf ein klimaneutrales Wirtschaftssystem. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Deloitte schätzt den möglichen Schaden durch die Erderwärmung auf 178 Billionen Dollar, wohingegen die Wirtschaft bei koordinierter Klimaaktion um 43 Billionen wachsen würde.

Weiters solle Klimaschutz allein auf freiwilliger Basis umgesetzt werden, ohne gesetzliche Verpflichtungen, wie in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Christian Stocker (ÖVP) am 7. März 2025 gesagt wurde: „Zudem bekennen wir uns zu Klimaschutz mit Hausverstand. Das bedeutet, dass wir niemandem mit Verboten und Geboten vorschreiben, wie er oder sie zu leben hat. Sondern wir setzen auf Klimaschutz durch Technologie und Innovation.“ Im Parlament spitzt die ÖVP zu: „Wir brauchen mehr Fortschrittsoptimismus und weniger Weltuntergangsgejammer [...]“. Übersetzt bedeutet dies: Menschen, die sich für den – aus wissenschaftlicher Sicht absolut geforderten – konsequenten Klimaschutz einsetzen, gelten demnach als „Jammerer“. Damit wird die gesamte Klimaforschung diffamiert.

Lukewarmism

„Lukewarmists“ sind Personen, die zwar die wissenschaftliche Grundlage des Klimawandels anerkennen, aber die Konsequenzen daraus in Zweifel ziehen. Indem sie vermeintliche Unsicherheiten überbewerten, rechtfertigen sie die Beschränkung auf langsame und geringe Gegenmaßnahmen. Sie sind in der Regel politisch konservativ und befürchten, dass konsequentes Handeln die sozialen Strukturen gefährden könnte. Der scheinbar „pragmatische“ Charakter spricht insbesondere politische Personen an, die eine Rechtfertigung für unzureichendes Umwelthandeln suchen.

Auch die Klimabewegung wird abgewertet. Die jetzige Kanzleramtsministerin Bauer (vormals Plakolm) ging im Standard-Interview vom 10. August 2023 sogar so weit, Umweltdemonstrant:innen als „nicht normal“ zu bezeichnen. „Normal“ seien für sie jene, die „in der Früh aufstehen, arbeiten gehen, Steuern zahlen“ – ohne angeben zu können, warum Klimaaktivist:innen angeblich keine Steuern zahlen und nicht zur Arbeit gehen. Anstatt die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, diskreditiert eine solche Politik jene, die sich engagieren und solche Maßnahmen zu Recht fordern. Parallel dazu werden höhere Strafen für den zivilen Ungehorsam von Klimaaktivist:innen verlangt.

Somit besteht eine zweifache Verantwortungslosigkeit angesichts der Erderhitzung: die Unterlassung von Maßnahmen und die klimaschutzfeindliche Kommunikation. Letztere wird, wenn die Menschen ihr Glauben schenken, den politischen Druck zur Bekämpfung der Erderhitzung senken und gegebenenfalls sogar derart großen politischen Gegendruck aufbauen, dass damit die Problembewältigung nachhaltig verhindert wird. Zudem besteht die Gefahr, dass sie sogar den Weg für die Akzeptanz noch extremerer Anti-Klimaschutzpositionen ebnet, wie sie von vielen rechtspopulistischen Parteien vertreten werden.

© Frank Jödicke



Kurzgefasst

Obwohl ein konsequenter Klimaschutz notwendig wäre, können sich viele Regierungen nur zu halbherzigen Maßnahmen aufraffen. Dabei wird der Ernst der Lage oft heruntergespielt – namentlich auch in Österreich. Zudem wird persönlicher Einsatz nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar diffamiert. Verantwortungsvolle Politik sollte jedoch Maßnahmen setzen, von denen alle profitieren.



Verantwortungsvolle Politik

Die Sinnhaftigkeit nationaler Maßnahmen mag angesichts der globalen Dimension der Umweltprobleme schwierig zu kommunizieren sein. Insbesondere wenn die Notwendigkeit zur Kooperation gerne als Ausrede genutzt wird, sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen, à la „Wenn die Chinesen nichts tun, ist unser Beitrag sinnlos“. Die Fahrlässigkeit dieser Argumentation wird unmittelbar aus der Tatsache ersichtlich, dass die Pro-Kopf-Emissionen in China ähnlich hoch sind wie in Europa. Man könnte also mit gleichem Recht in China dieselbe Schlussfolgerung ziehen, woraufhin nach dieser „Logik“ niemand etwas tun müsste.

Im Gegensatz zu dieser aktuellen, doppelt unverantwortlichen Politik würde eine doppelt verantwortliche bedeuten, dass man einerseits handelt, wo es möglich ist, und andererseits die Notwendigkeit des Handelns auch entsprechend kommuniziert – selbst dort, wo die eigenen Handlungen hinter dem Notwendigen zurückbleiben sollten. Verantwortungsvolle Politik kann wirksame regionale Projekte umsetzen und zumindest über lokale Erfolge berichten, die

Es besteht eine zweifache Verantwortungslosigkeit angesichts der Erderhitzung: die Unterlassung von Maßnahmen und die Klimaschutzfeindliche Kommunikation.

für sich genommen wertvoll sind und eine saubere, gesündere oder lebenswertere Umwelt geschaffen haben. Umweltpsychologische Studien belegen seit langem die gesundheitsförderliche Wirkung des Zugangs zu Grünräumen: Ein hoher Grünanteil in Wohnumgebungen senkt nicht nur Stress, verbessert die Stimmung, die Immunfunktion und die kognitive Leistungsfähigkeit, sondern reduziert auch das Risiko psychischer Erkrankungen sowie physiologischer Erkrankungen wie Diabetes.

Insofern sollte das Bereitstellen von Zugang zu Grünraum eigentlich eine Pflichtaufgabe der Politik sein. Dass dies teilweise auch bereits erkannt wird, zeigt sich an der beginnenden Umgestaltung urbaner Räume, bei der Klimawandelanpassung und Wohlbefinden zusammengedacht werden. Als aktuelles Musterbeispiel wird gerne Paris herangezogen, das in den letzten Jahren zahlreiche Straßen begrünt und das besonders symbolträchtige Vorhaben umgesetzt hat, den Rathausplatz in einen Wald zu verwandeln. Aber auch in Wien brachten Initiativen wie „Raus aus dem Asphalt“ seit 2021 ein Mehr an 74.000 m² Begrünung im Straßenraum sowie 3.004 neue Bäume. Projekte wie diese schaffen sozialen, ökologischen und ökonomischen Mehrwert für viele und verbinden sichtbar Klima- und soziale Gerechtigkeit miteinander. Sie ermutigen und belohnen, statt Engagement abzuwerten und Verzweiflung zu schüren.

Davon, sich den Problemen nicht zu stellen, profitieren allenfalls einige wenige vorübergehend, indem sie die Kosten für die notwendige Umstellung aufschieben können. Den Schaden trägt jedoch die Allgemeinheit. Mittlerweile kann jeder Mensch in Österreich mit freiem Auge erkennen: Die Winter werden kürzer, die Gletscher schmelzen ab und die Seen frieren nicht mehr so stark wie früher zu. Mag der Winter 2025/26 auch als unerwartet kalt gelten, im langjährigen Vergleich ist er es nicht. Es wird also immer wärmer, und das weltweit. Wenn uns der „Hausverstand“ tatsächlich etwas zu sagen hat, dann das: Die Klimakatastrophe lässt sich nicht durch Untätigkeit und Verleugnung abwenden. Davon hat niemand etwas. Von angemessenen Maßnahmen hingegen profitieren wir alle. □

Unbekannter Weltmarktführer vor den Toren Wiens

Im für seine schlechte Öffi-Anbindung bekannten Industriezentrum Süd befindet sich ironischerweise ein Vorzeigeunternehmen der Mobilitätswende: Traktionssysteme Austria (TSA) baut hier Elektromotoren, die sowohl Schienenfahrzeuge als auch Autobusse und Kleintransporter antreiben. Von HEINZ HÖGELSBERGER



Heinz Högelsberger ist in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr für den öffentlichen Verkehr zuständig.

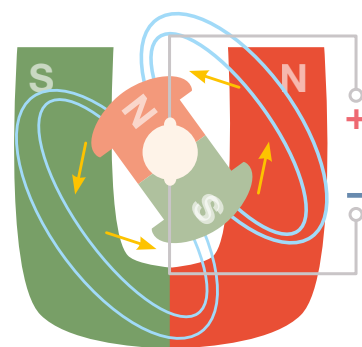
© Markus Zahradnik

Die Geschichte des Unternehmens reicht bis in die 1960er Jahre zurück. Damals produzierte das Schweizer Unternehmen Brown, Boveri & Cie am Standort in Wiener Neudorf elektrische Ausrüstungen. Es folgten ein Eigentümerwechsel und schließlich ein Management-Buyout durch den heutigen Geschäftsführer Robert Tencl und andere. Die derzeitigen Besitzverhältnisse lauten: 48 Prozent PCS Holding, 37 Prozent Voith und 15 Prozent Robert Tencl.

Von den weltweit 750 Beschäftigten arbeiten rund 430 im Stammwerk in Wiener Neudorf. Der Frauenanteil lag 2024 bei ausbaufähigen 11,3 Prozent. Arbeitsintensive Produktionsschritte, wie das händische Wickeln von Kupferdrähten auf Spulen, wurden in das bosnische Zweigwerk nach Tuzla ausgelagert.

E-Busse sind im Kommen

Mit der jährlichen Produktion von 10.000 Elektromotoren für die Schiene ist TSA Weltmarktführer. Kein anderes Unternehmen stellt aktuell in diesem Marktsegment eine größere Stückzahl her. Die Produktpalette umfasst 45 Varianten für Lokomotiven, Hochgeschwindigkeitszüge sowie Straßen-, Schnell- oder U-Bahnen. Damit werden rund 70 Prozent des Umsatzes erzielt. Weitere 20 Prozent entfallen auf rund 1.500 Elektromotoren pro Jahr für Straßennutzfahrzeuge, wie beispielsweise für Linienbusse oder auch Kleintransporter. Das Unternehmen geht davon aus, dass sich dieses Verhältnis zugunsten der Straßenfahrzeuge kontinuierlich verbessert, da Busse mit Verbrennungsmotoren zunehmend aus europäischen Städten verbannt und durch emissionsfreie Antriebe ersetzt werden. Die rest-



Aktuelle Elektromotorproduktion

Die meisten Elektromotoren bestehen im Prinzip aus einem feststehenden Außenteil (Stator) und einem sich darin drehenden Innenteil (Rotor). Die Drehbewegung beruht auf den Anziehungs- und Abstoßungskräften, die mehrere Magnetfelder aufeinander ausüben.

Die robusten und langlebigen Asynchronmaschinen werden vorwiegend in Schienenfahrzeugen verbaut. Aber auch O-Busse, wie jene in Linz und Salzburg, fahren mit den Motoren von TSA. Permanentmagnet-Synchronmaschinen haben einen höheren Wirkungsgrad und kommen hauptsächlich in Straßenfahrzeugen zum Einsatz.

Kurzgefasst

In Wiener Neudorf befindet sich mit Traktionssysteme Austria einer der vielen österreichischen „Hidden Champions“. Das Unternehmen ist Weltmarktführer bei Elektromotoren für Schienenfahrzeuge. Zusätzlich wird die Produktion von Antrieben für E-Busse hochgefahren. Damit sollen bis 2030 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

lichen zehn Prozent steuert das Service- und Ersatzteilgeschäft bei.

Damit das Unternehmen für zukünftige Produktionsausweitungen – speziell im Busbereich – gewappnet ist, sollen bis zum Jahr 2030 35 Millionen Euro investiert und 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. So ist die Kfz-Motorenfertigung in eine benachbarte Halle übersiedelt. In ei-



nem neuen Zubau soll eine größer dimensionierte Stanzanlage untergebracht werden. Dort werden Blechlamellen ausgestanzt und zu Rotor- und Statorpaketen verbunden.

Als Strategie gegen den Fachkräftemangel ist die TSA Kooperationen mit Höheren Technischen Lehranstalten und Fachhochschulen eingegangen. Derzeit werden 16 Lehrlinge in den Bereichen Metalltechnik und in Mechatronik ausgebildet. Das Arbeitsklima wird vom Betriebsrat als gut beschrieben. Eine Werksküche versorgt die Angestellten und die erste Schicht mit warmem und vom Unternehmen bezuschusstem Essen. Für die Nachmittagsschicht stehen Fertigerichte und Mikrowellengeräte zur Verfügung. Das betriebliche Mobilitätsmanagement beschränkt sich auf ein kostenloses Fahrradservice, was auch am großen und stark frequentierten Pkw-Parkplatz ersichtlich ist. Außerdem wird den Mitarbeiter:innen eine betriebliche Altersvorsorge angeboten.

TSA treibt Wien an

TSA kann einen großen Heimmarkt vorweisen. So werden alle Schienenfahrzeuge der Wiener Linien (also U-Bahnen und Straßenbahnen) von TSA-Aggregaten angetrieben. Im Jahr 2024 konnte bereits der fünftausendste Motor an die Wiener Linien ausgeliefert werden.

Insgesamt hat TSA Motoren in 70 Ländern der Welt verkauft. Für das Jahr 2026 ist die Produktion bereits ausgelastet. Im Hinblick auf die Fußball-WM 2030 in Spanien, Portugal und Marokko oder die Olympischen Sommerspiele 2028 und 2032 sind in den jeweiligen Ländern zahlreiche Infrastrukturprojekte im Bereich Mobilität geplant. Hier erhofft sich das Unternehmen entsprechende Aufträge. Ein weiteres langfristiges Projekt ist die Produktion von bis zu 4.500 Motoren für die Berliner U-Bahn. Zusätzlich wurde ein Vertrag über die Bereitstellung von Ersatzteilen für die kommenden 32 Jahre abgeschlossen. Es handelt sich hierbei um einen der größten Lieferaufträge, die jemals in Europa vergeben wurden.

All das sind Faktoren, die eine gesicherte Zukunft für das Unternehmen erwarten lassen. Rückenwind kommt nun auch von der Bundespolitik, da die Bahnindustrie bei der kürzlich vorgestellten Industriestrategie eine Schlüsselrolle einnehmen soll. Damit haben sich die Chancen zur Umsetzung der längst fälligen Mobilitätswende verbessert. Diese könnte eine Win-win-Situation darstellen: Mobilität würde durch den Ausbau der Öffis bequemer, sauberer und günstiger werden, während gleichzeitig damit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden könnten. □

In der kürzlich vorgestellten „Industriestrategie Österreich 2035“ soll die Bahnindustrie eine Schlüsselrolle einnehmen.

Es muss für Konsument:innen noch einfacher und unkomplizierter werden, leere Gebinde zurückzugeben und Pfandbons einzulösen.



Ein Jahr Einwegpfand: Erste Ziele sind erreicht

Zwölf Monate nach Einführung des Einwegpfandes auf Getränkeverpackungen zeigt sich, dass das System bereits gut funktioniert. Dennoch besteht aus Sicht von Konsument:innen Verbesserungsbedarf. Von JUDITH FITZ



Judith Fitz
arbeitet in der Abteilung
Klima, Umwelt und
Verkehr der AK Wien zu
den Themen Umweltrecht
und Kreislaufwirtschaft.
© privat

Mit Beginn des Jahres 2026 jährt sich die Einführung des Einwegpfandes auf Kunststoffflaschen und Metalldosen und damit eine der tiefgreifendsten Änderungen in der österreichischen Abfallsammlung der letzten Jahre. Ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen. Denn die Einführung des Einwegpfandes in Österreich war zunächst ein kontroverses Unterfangen. Zahlreiche Befürchtungen und teilweise fadenscheinige Argumente der Wirtschaft verzögerten ein aus ökologischer Sicht längst überfälliges System.

Die AK hat sich von Anfang an für die Einführung eines Einwegpfandes eingesetzt. Letztlich war dieser Schritt insbesondere aufgrund unionsrechtlicher Vorgaben unumgänglich. So mussten bis 2025 77 Prozent der Getränkeflaschen aus Einwegkunststoff getrennt gesammelt werden, bis

2029 sind es sogar 90 Prozent. Solch hohe Quoten sind nur mit einem Pfandsystem zu erreichen. Somit gilt seit dem 1. Jänner 2025: Beim Kauf von Getränken in Kunststoffflaschen oder Metalldosen mit einer Füllmenge von 0,1 bis 3 Litern ist (abgesehen von einigen Ausnahmen) ein Pfand in Höhe von 0,25 Euro pro Stück zu bezahlen.

Das Einwegpfand funktioniert

Chaos und Verwirrung in den Supermärkten sowie mangelnde Effizienz im Hinblick auf die Sam-



75 Prozent

der befragten Konsument:innen
befürworten das Einwegpfandsystem.



der 2025 in Österreich in Umlauf gebrachten
Einwegpfandgebinde wurden von
den Konsument:innen zurückgebracht.

melziele wurden im Vorfeld prognostiziert. Entgegen all diesen Befürchtungen kann nach einem Jahr gesagt werden: Das Einwegpfandsystem für Kunststoffflaschen und Metalldosen funktioniert. 81,5 Prozent der 2025 in Österreich in Umlauf gebrachten Einwegpfandgebinde wurden von den Konsument:innen zurückgebracht und konnten getrennt gesammelt werden. Das erste Ziel – eine Sammelquote von 80 Prozent – wurde somit erreicht. Auch die Konsument:innen und Arbeitnehmer:innen in den Rückgabestellen zeigen sich im Großen und Ganzen zufrieden.

Die meisten haben sich an das System gewöhnt, obwohl es im Alltag durchaus mit Unannehmlichkeiten verbunden sein kann, wenn man etwa am Pfandautomaten warten muss oder zuhause Platz schaffen muss, um die Pfandgebinde aufzubewahren. Laut einer aktuellen Umfrage im Auftrag von Recycling Pfand Österreich befürworten drei Viertel der befragten Konsument:innen das System. 85 Prozent fühlen sich außerdem gut informiert. Auch das Littering, also das Wegschmeißen von Abfällen in die Natur oder den öffentlichen Raum, ist laut Angaben des zuständigen

Die AK pocht auf die Einhaltung der Pfandvorschriften und setzt sich laufend dafür ein, gesetzwidrige Praktiken zu beenden.

Bundesministeriums (BMLUK) zurückgegangen. Ist damit also alles gut und es gibt keinen Bedarf für Anpassungen? – Nein!

Kleinere und größere Startschwierigkeiten

Zu Jahresbeginn 2025 berichteten zahlreiche Konsument:innen, dass ihnen die Auszahlung von Bargeld verweigert wurde und sie stattdessen nur eine Gutschrift erhielten. Diese Vorgehensweise stellt einen klaren Verstoß gegen die gesetzlichen Grundlagen dar. Denn laut Pfandverordnung ist der Pfandbetrag in Höhe von 0,25 Euro je Verpackung auszusahlen. Um diesen Missstand zu beseitigen, hat sich die AK an die betroffenen Unternehmen gewandt und die sofortige Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gefordert. Erfreulicherweise konnte diese gesetzeswidrige Praxis durch das Einschreiten der AK schnell beendet werden.

Ein weiteres Problem, das von Konsument:innen besonders in den Monaten nach der Einführung geschildert wurde, war die Weigerung von Rückgabestellen, leere Gebinde händisch zurückzunehmen, wenn der Pfandautomat defekt war.

Auch dieses Vorgehen ist nicht von der Pfandverordnung gedeckt. Wenn ein Automat nicht funktioniert, müssen Gebinde manuell zurückgegeben werden können. Auch hier pocht die AK auf die Einhaltung der Vorschriften und setzt sich laufend dafür ein. Gleiches gilt, wenn sich (kleinere) Verkaufsstellen grundsätzlich weigern, leere Gebinde zurückzunehmen, oder wenn sie beschädigte bzw. zerdrückte Gebinde nicht annehmen, obwohl der Barcode und das Pfandlogo erkennbar sind.

Notwendige Verbesserungen für Konsument:innen

Neben der Einhaltung bestehender Vorschriften ist es aus Sicht der AK jedenfalls notwendig, weiter an Verbesserungen des Systems zu arbeiten. Es sollte einfacher und unkomplizierter werden, leere Gebinde zurückzugeben und Pfandbons einzulösen. Eine große Erleichterung für Konsument:innen wäre es, wenn große Rücknehmer – insbesondere die Supermarktketten – dazu verpflichtet würden, die Auszahlung von Pfandbons in all ihren Filialen zu ermöglichen, unabhängig davon, in welcher Filiale ein Bon ausgestellt wurde.

Um den Umgang mit Pfandautomaten für Konsument:innen und Beschäftigte zu erleichtern, sollten die Unternehmen ausreichend Personal dafür zur Verfügung stellen. Der Handel sollte daher laufend evaluieren, ob genügend personelle Kapazitäten für die Pfandrücknahme vorgesehen sind. Durch die sogenannte Handling Fee werden die Händler schließlich auch für ihren Aufwand entschädigt. Anzudenken wäre außerdem, auch im öffentlichen Raum Rücknahmeautomaten aufzustellen. Viele Konsument:innen wünschen sich, Pfandgebinde auch unabhängig vom Besuch in einer Verkaufsstelle zurückgeben zu können.

Obwohl das Pfandsystem nach einem Jahr also grundsätzlich gut funktioniert, sind weitere Schritte erforderlich, um die Akzeptanz und Effizienz zu verbessern. Die AK wird sich auch künftig für konsument:innenfreundliche Lösungen einsetzen. □

Kurzgefasst

Seit Jahresbeginn 2025 gilt in Österreich ein Pfand auf Einweggetränkeverpackungen. Eine erste Bilanz nach zwölf Monaten zeigt, dass das Pfandsystem funktioniert und die anvisierten Ziele erreicht werden. Viele der anfänglichen Schwierigkeiten für Konsument:innen konnten – auch dank des Drucks der AK – beseitigt werden. Trotzdem fordert die AK weitere Verbesserungen am System.



Naturschutz dem Markt unterwerfen?

Privates Kapital soll die Wiederherstellung der Natur finanzieren. Dafür sollen neue Märkte für Naturkredite geschaffen werden. Ein fragwürdiger Ansatz, denn die eigentlichen Ursachen der Krise liegen in Profitorientierung und Wachstumszwang. Von IRIS STRUTZMANN



Iris Strutzmann

arbeitet in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der AK Wien zu den Themen Wasser, Biodiversität, Gentechnik und Daseinsvorsorge.

© Lisi Specht

Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Lebens. Sie liefert saubere Luft, Wasser und Nahrungsmittel, dient als Erholungsraum und stärkt die Widerstandsfähigkeit gegenüber Krankheiten und Klimafolgen. Mehr als die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung hängt von funktionierenden Ökosystemen ab. Doch die Natur wurde in eine tiefe Krise gestoßen. Fast ein Drittel der auf der „Roten Liste“ der „Weltnaturschutzorganisation“ IUCN erfassten Arten muss mittlerweile als „bedroht“ eingestuft werden, und die Bestände wildlebender Tiere sind im globalen Durchschnitt

seit 1970 um etwa rund 73 Prozent zurückgegangen. Die Wissenschaft spricht längst vom sechsten Massenaussterben der Erdgeschichte. Davon bleibt die Menschheit nicht unberührt. Wenn mehr als 40 Prozent der wichtigen Bestäuberarten – darunter Bienen und Schmetterlinge – vom Aussterben bedroht sind, werden dadurch auch die Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme gefährdet. Inzwischen warnen sogar die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) eindringlich vor den wirtschaftlichen Risiken durch den Verlust der Biodiversität.



65 Milliarden Euro jährlich

werden Schätzungen zufolge in der EU zum Schutz der Natur benötigt.

Privates Kapital soll die Wiederherstellung der Natur finanzieren

Die im April 2024 beschlossene EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur ist daher ein wichtiger Meilenstein, um den Verlust der Artenvielfalt in Europa zu stoppen. Die vorgesehenen Maßnahmen wie Wiederaufforstung, die Renaturierung von Wiesen und Mooren sowie die Sanierung von Feuchtgebieten sind aber mit hohen Kosten verbunden. Schätzungen zufolge werden bis 2050 jährlich rund 65 Milliarden Euro benötigt. Das sind Summen, die nicht allein aus öffentlichen Haushalten finanziert werden können, zumal viele Länder mit Budgetengpässen kämpfen. Daher will die EU nun auf „Nature Credits“, also „Naturgutschriften“ oder „Naturkredite“, setzen, um private Gelder für den Schutz und die Wiederherstellung der Natur zu mobilisieren.

Die Grundidee dabei: Naturgutschriften schaffen finanzielle Anreize für Unternehmen und Einzelpersonen, damit diese in den Erhalt und die Wiederherstellung von Ökosystemen investieren. Damit dies gelingt, sollen diese Naturgutschriften handelbar sein. So könnten private Finanzmittel für Projekte zur Erhaltung der Biodiversität und zum Schutz gefährdeter Arten mobilisiert werden. Damit es nicht zu Greenwashing kommt, sollen dafür einheitliche Standards und Kriterien entwickelt werden, die nachweislich positive Auswirkungen auf die Natur haben. Nur entsprechend zertifizierte Gutschriften sind handelbar. Zugleich sollen dadurch neue Einkommensmöglichkeiten für Landwirt:innen und Waldbesitzer:innen entstehen.

Als Vorbild wird dabei der Handel mit CO₂-Zertifikaten genannt. Ein Blick auf den Zertifikatehandel in der EU zeigt, dass die CO₂-Emissionen seit der Einführung im Jahr 2005 um rund die Hälfte zurückgegangen sind. Allerdings zeigen Studien

auch, dass nur ein kleiner Teil der verkauften Kohlendioxid-Zertifikate tatsächlich wirksam ist. Gleichzeitig sind viele Greenwashing-Modelle im Kohlenstoffhandel dokumentiert.

Naturgutschriften – ein Markt für die Natur?

Da auch die Wirtschaft in hohem Maße von intakten Ökosystemen profitiert, ist der Wunsch, privates Kapital stärker in die Wiederherstellung der Natur einzubeziehen, nachvollziehbar. Die Frage ist jedoch, ob Naturgutschriften das richtige Instrument dafür sind. Ihre Einführung folgt der liberalen Logik, Probleme durch die Schaffung von Märkten zu lösen. Dies ist aber ein Trugschluss. Denn die zentralen Ursachen der ökologischen und sozialen Krise basieren eben genau auf der Profitorientierung unseres Wirtschaftssystems und dem damit verbundenen permanenten Wachstumszwang. Wirtschaftswachstum und der Erhalt von Ressourcen schließen einander grundsätzlich aus. Neue Finanzprodukte können diesen Widerspruch bestenfalls vernebeln, aber nicht auflösen.

Die EU-Kommission will Greenwashing beim künftigen Handel mit Naturgutschriften zwar verhindern, aber wie soll das in der Praxis gelingen? Biodiversität zu messen und zu bewerten ist deutlich komplexer als die Quantifizierung von Treibhausgasemissionen. Jedes Ökosystem ist einzigartig und wird von zahlreichen Arten sowie komplexen Wechselbeziehungen geprägt. Einfache Zählungen von Arten greifen daher zu

Kurzgefasst

Die EU setzt auf Naturgutschriften, um private Mittel für den Schutz der Artenvielfalt zu mobilisieren. Bevor diese flächendeckend auf dem Markt verfügbar sind, gilt es noch zahlreiche offene Fragen zu klären. Eines ist jedoch bereits jetzt klar: Die Einführung von Naturgutschriften führt unweigerlich dazu, Natur als Handelsware zu betrachten. Diese Form der Monetarisierung sollte kritisch hinterfragt werden.

Wenn EU-Umweltgesetze zugunsten wirtschaftlicher Interessen abgeschwächt werden, dann geht dies zu Lasten von Menschen und Gesellschaft.

kurz. Oft fehlen zudem ausreichende Daten und Monitoring-Systeme.

Das Brüsseler Beratungsinstitut Bruegel weist zudem darauf hin, dass Biodiversitätsgutschriften derzeit das Risiko bergen, dass minderwertige Wiederherstellungs- oder Monokulturprojekte als Ausgleich für die Zerstörung von Primärwäldern eingesetzt werden. Durch die Aufforstung großer Monokulturflächen können zwar entsprechende Zertifikate erworben werden, doch sind die so entstandenen Flächen ökologisch gesehen kaum mit dem Wert der zerstörten Urwälder zu vergleichen. Um dies zu verhindern, wird vorgeschlagen, dass Gutschriften nur nach dem Prinzip „lokal zu lokal“ (also in der Region) und auf vergleichbarer Basis gehandelt werden dürfen.

Kommt das Geld auch der Natur zugute?

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Systeme für Zertifizierung, Überwachung und Handel verschlingen oft bis zu 40 Prozent des Verkaufspreises einer Naturgutschrift, sodass für das eigentliche Schutz- oder Wiederherstellungsprojekt nur

Die Profitorientierung unseres Wirtschaftssystems, die eine zentrale Ursache der ökologischen und sozialen Krise darstellt, kann nicht durch Finanzprodukte überwunden werden.

rund 60 Prozent der Mittel bleiben. Die Einführung von Naturgutschriften darf kein Milliardengeschäft für Profiteur:innen des Zertifikatehandels werden. Ein Vergleich mit den Kohlenstoff-

märkten zeigt, dass strenge Kontrollen und Überwachung notwendig sind. Nur eine strategische EU-Koordinierung könnte die Projektvalidierung und -überwachung effizienter gestalten und somit die Abwicklungskosten senken.

Sollten Naturgutschriften dennoch auf dem Finanzmarkt handelbar sein, müsste dazu im Vorfeld ein unabhängiges Expert:innen-Gremium, das wissenschaftlich, transparent und ohne Interessenkonflikte arbeitet, für deren Bewertung



Bis zu 40 Prozent des Verkaufspreises

verschlingen alleine die Systeme für Zertifizierung, Überwachung und Handel einer Naturgutschrift.

zuständig sein. Naturgutschriften dürfen ausschließlich für Maßnahmen vergeben werden, die nachweislich und dauerhaft die Natur verbessern. Es müssen strenge Kriterien festgelegt werden, um Greenwashing, Doppelzählungen und die Einflussnahme wirtschaftlicher Akteure zu verhindern. Der Wert eines Zertifikats muss am tatsächlichen ökologischen Nutzen gemessen und ausschließlich von neutralen Expert:innen bestätigt werden – nicht von Landbesitzer:innen oder Händler:innen. Nur so wird Naturschutz wirksam, nachvollziehbar und glaubwürdig für potenzielle Interessent:innen.

Der Vorschlag der EU-Kommission, Naturgutschriften einzuführen, folgt einer Marktlogik, die nicht die beste Lösung für die gesellschaftlichen Herausforderungen ist. Weil die zentralen Ursachen der ökologischen und sozialen Krise in der Profitorientierung unseres Wirtschaftssystems liegen, birgt die Einführung von Naturgutschriften die Gefahr, Natur zu einer Ware zu machen, deren Wert primär am Markt bemessen wird. Wälder, Wiesen oder Feuchtgebiete würden zu handelbaren „Assets“ werden. Die künstliche Schaffung von Märkten wird das grundsätzliche Problem – profitorientiertes Wachstum auf Kosten der Natur – nicht lösen können. Die Entwicklung neuer Produkte für die Finanzmärkte ist komplex und oft widersprüchlich. Ihr Erfolg ist keineswegs garantiert. Ein Blick auf bisherige „grüne Investitionen“ zeigt, dass viele Produkte trotz entsprechender Anreize kaum angenommen werden.

Statt dass die Natur als Handelsware betrachtet wird, sollten gesetzliche Vorgaben den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen verbindlich gewährleisten. Finanzielle Zahlungen sollten lediglich die tatsächlich anfallenden Kosten für konkrete Maßnahmen decken, wie etwa die Wiedervernässung von Mooren. Dauerhafte Anreize für Grundbesitzer in Form von Naturgutschriften, die allein darauf beruhen, gesetzliche Produktionsauflagen zu erfüllen, sind abzulehnen. Vielmehr sind klare ordnungspolitische Regelungen mit verbindlichen Zielvorgaben und Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung von Ökosystemen der Schlüssel zum Erfolg. Allerdings steht dieser ordnungspolitische Weg gerade mit dem Rücken zur Wand.

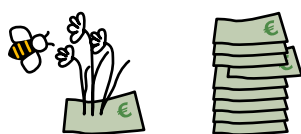
Verwässerung von Umweltschutzzielen

Die EU selbst verfolgt die Ziele zum Schutz der Ökosysteme nicht mehr mit derselben Entschlossenheit wie in den vergangenen Jahren. Sie gibt zunehmend dem Druck von Industrie, Wirtschaft und Mitgliedstaaten nach, beschlossene Umwelt- und Klimagesetze im Rahmen des Green Deals abzuschwächen. Werden EU-Umweltgesetze zugunsten wirtschaftlicher Interessen abgeschwächt, dann geht dies zu Lasten der Menschen. So kündigte die Kommission etwa an, die Wasserrahmenrichtlinie zu überarbeiten, wodurch der Schutz von Wasserökosystemen abgeschwächt würde. Auch Umweltverträglichkeits-

prüfungen für große Industrie- und Bauprojekte sollen gelockert werden. Mit diesen Maßnahmen geraten Schutz und Wiederherstellung der Natur weiter unter Druck – gerade in Zeiten, in denen intakte Ökosysteme dringender gebraucht werden denn je. Steigende Temperaturen erhöhen die Risiken für Hochwasser, Murenabgänge und andere Naturgefahren. Gesunde Wälder, intakte Feuchtgebiete und funktionierende Flusslandschaften können hier lebensrettende Puffer sein.

Daher sollten Biodiversität und Naturwiederherstellung in der EU-Finanzplanung höchste Priorität haben. Der aktuelle EU-Finanzvorschlag spricht jedoch eine andere Sprache. Bislang wurden zehn Prozent des EU-Budgets für den Erhalt und Schutz von Naturschutz und Biodiversität reserviert. Nun aber fehlt diese klare Festlegung. Vielmehr sollen künftig die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, wie viel Geld sie dafür aufwenden wollen. Dies mag zwar im Sinne der Eigenverantwortung der Staaten sein, doch die Erfahrung lehrt uns: Wenn es um Umweltschutz geht, braucht es klare und einheitliche EU-Vorgaben, damit dieser nicht unter die Räder kommt. Um weiteres Kapital zu lukrieren, könnte zudem ein europäisches Bonus-Malus-System eingeführt werden, das Verursacher von Schäden zur Verantwortung zieht und Investoren für nachweisbare und überprüfbare Verbesserungen belohnt. Außerdem müssten umweltschädigende Subventionen abgeschafft werden. Diese Gelder könnten in einen EU-weiten Transformationsfonds einfließen, der sowohl aus privaten als auch aus öffentlichen Mitteln gespeist wird, um Naturschutz zu finanzieren. Dies könnte ein Nachfolgeprojekt des EU-Resilienz-Recovery-Fonds (RRF-Fonds) sein, der die Auswirkungen der Corona-Krise abfedern sollte. Aus dem RRF-Fonds wurden beispielsweise in Österreich 50 Millionen Euro für die Biodiversität bereitgestellt. □

Statt dass die Natur als Handelsware betrachtet wird, sollten gesetzliche Vorgaben den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen verbindlich sichern.



10 Prozent des EU-Budgets

waren bislang für Naturschutz und den Erhalt der Biodiversität – nun fehlt diese klare Festlegung.

In Niederösterreich leben heißt pendeln

In Österreichs flächenmäßig größtem Bundesland pendelt deutlich mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer:innen in einen anderen Bezirk zur Arbeit aus. Mehr als ein Viertel pendelt nach Wien, während nur knapp ein Fünftel der niederösterreichischen Arbeitnehmer:innen den Arbeitsplatz in der Wohngemeinde hat. Von HANNAH BERGER



Hannah Berger
arbeitet in der Abteilung
Wirtschaftspolitik der AK
Niederösterreich zu den
Themen Mobilität und
Pendler:innen.

© Mario Scheichel

Pendeln ist für viele Arbeitnehmer:innen in Niederösterreich Alltag. Die neue Pendler:innenanalyse der Arbeiterkammer Niederösterreich untersucht die Wege zum Arbeitsplatz von Arbeiter:innen und Angestellten, die ihren Wohnbezirk verlassen müssen. In der Analyse sind somit Beamten:innen, freie Dienstnehmer:innen und selbstständig Erwerbstätige nicht erfasst.

In Niederösterreich wohnen 683.159 unselbstständig Beschäftigte, das sind um 3,7 Prozent mehr als noch im Jahr 2019. Davon pendeln rund 32 Prozent in ein anderes Bundesland. Der Großteil pendelt nach Wien, nämlich mehr als jede:r Vierte. Nach Oberösterreich pendeln 3,14 Prozent, die restlichen Bundesländer spielen als Ziel eine untergeordnete Rolle. Zugleich befindet sich der Arbeitsplatz von 581.113 Personen in Niederösterreich. Das ist eine Steigerung um 3,4 Prozent gegenüber 2019. Davon kommen rund 20 Prozent aus anderen Bundesländern. Auch hier ist die Achse nach Wien die wichtigste. Rund 14 Prozent pendeln aus Wien nach Niederösterreich zur Arbeit. Aus dem Burgenland kommen weitere drei Prozent, der Rest verteilt sich auf die anderen Bundesländer. Somit gibt es in Niederösterreich um 102.046 mehr Aus- als Einpendler:innen.

Das Pendler:innensaldo bleibt negativ, weil Niederösterreich weiterhin ein Defizit an Arbeitsplätzen hat.

Negativer Pendler:innensaldo

Wie schon im Jahr 2019 ist der Pendler:innensaldo somit negativ und Niederösterreich hat damit weiterhin ein Defizit an Arbeitsplätzen. Vergleicht

man die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze mit der Anzahl der niederösterreichischen Berufstätigen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Rein rechnerisch (ohne Berücksichtigung von Beruf oder Qualifikation) steht 85 Prozent der in Niederösterreich wohnenden Arbeitnehmer:innen ein Arbeitsplatz zur Verfügung. Allerdings gibt es nur in den vier Statutarstädten St. Pölten, Krems an der Donau, Wr. Neustadt und Waidhofen an der Ybbs sowie in den drei Bezirken Bruck an der Leitha, Lilienfeld und Mödling mehr Arbeitsplätze als berufstätige Einwohner:innen.

Im Bezirk Bruck an der Leitha sind mit dem Flughafen Wien-Schwechat, der OMV und der Borealis bedeutende Arbeitgeber angesiedelt. Im Bezirk Lilienfeld gibt es traditionell mehrere große Industriebetriebe, wie die Voestalpine Gießerei Traisen, und im Bezirk Mödling befinden sich die Shopping City Süd (SCS) sowie das Industriezentrum Süd (IZ Süd). Allein im IZ Süd sind rund 12.000 Personen beschäftigt. In den Bezirken Gänserndorf, Krems (Land) und Hollabrunn gibt es hingegen

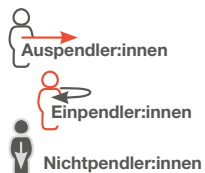


Nur 20 Prozent

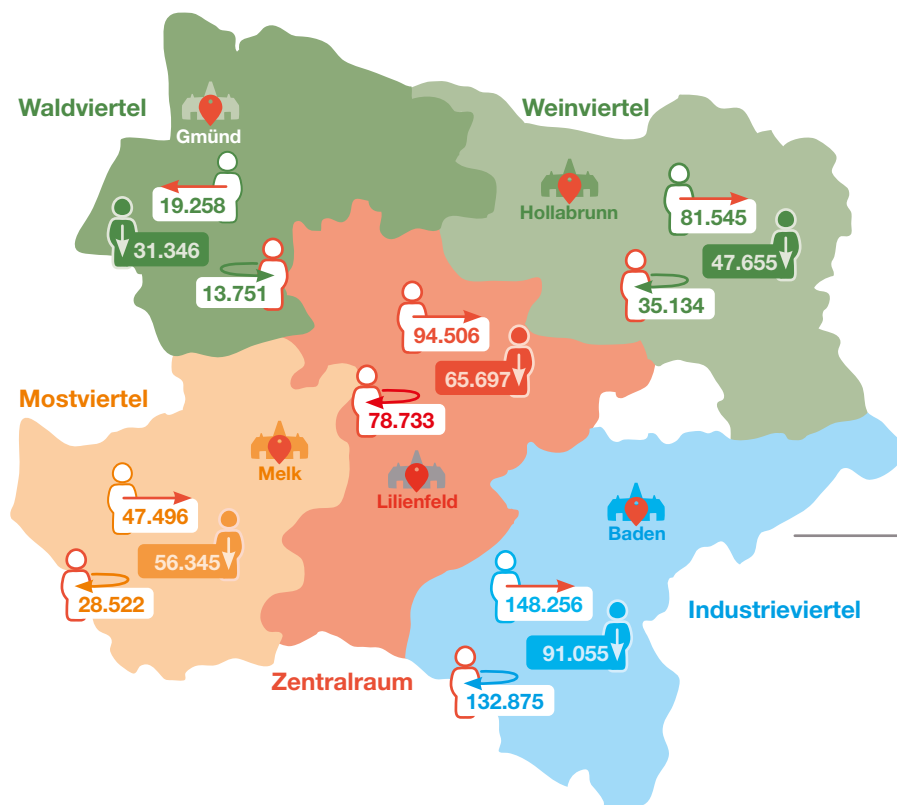
der Beschäftigten, die in Niederösterreich wohnhaft sind, können auch in der Gemeinde arbeiten, in der sie wohnen.

Pendlerstromanalyse der Bezirke in Niederösterreich 2025

Die fünf Viertel Niederösterreichs in der Gesamtsicht zeigen, dass in allen Teilen des Landes mehr aus- als eingependelt wird und insgesamt nur eine Minderheit in ihrem Heimatbezirk Arbeit findet.



Quelle: AK Niederösterreich | Grafik: Julia Stern



Kurzgefasst

Die neu erschienene Analyse der Arbeiterkammer Niederösterreich präsentiert Zahlen zu den Pendler:innen in Niederösterreich. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den Pendler:innen, die auf ihrem Weg zur Arbeit den Wohnbezirk verlassen müssen. Datengrundlage ist die Abgestimmte Erwerbsstatistik der Statistik Austria, die jährlich im Oktober für die zwei zurückliegenden Jahre zur Verfügung gestellt wird.

ein deutliches Arbeitsplatzdefizit. In Gänserndorf könnten (wiederum rein rechnerisch, also ohne Berücksichtigung von Beruf und Qualifikation) nur 50,2 Prozent, in Krems (Land) 51,0 Prozent und in Hollabrunn 53,5 Prozent der wohnhaft Beschäftigten einen Arbeitsplatz finden.

Mit rund 57 Prozent verlassen deutlich mehr als die Hälfte der wohnhaft Beschäftigten ihren Wohnbezirk auf dem Weg zur Arbeit. Nur rund 23 Prozent arbeiten innerhalb ihres Wohnbezirks und rund 20 Prozent in ihrer Wohngemeinde. Lässt man die vier niederösterreichischen Statutarstädte außen vor, so weisen die Bezirke Gmünd (43,2 Prozent), Waidhofen an der Thaya (38,0 Prozent) und Horn (36,8 Prozent) die höchsten Anteile an Bezirksbinnenpendler:innen auf. Die Bezirke Krems (Land) und Wiener Neustadt (Land) haben mit jeweils 16,4 Prozent den geringsten Anteil an Bezirksbinnenpendler:innen in Niederösterreich.

Industrieviertel ist Arbeitsplatzzentrum in Niederösterreich

Niederösterreich gliedert sich in die fünf Hauptregionen Industrieviertel, Mostviertel, Waldviertel, Zentralraum und Weinviertel. Das Industrieviertel hat wie auch schon 2019 mit 38,5 Prozent den höchsten Anteil an der niederösterreichischen Arbeitsbevölkerung. Auch die hohen Aus- und Einpendler:innenzahlen blieben seit der letzten Analyse weiterhin bestehen. Der Zentralraum stellt mit 24,9 Prozent rund ein Viertel der Arbeitsplätze und ist nach dem Industrieviertel das zweitgrößte

Arbeitsplatzzentrum. Fast zwei Drittel der niederösterreichischen Arbeitsplätze fallen in diese beiden Regionen. Auf dem dritten Platz folgt mit 14,6 Prozent der niederösterreichischen Arbeitsbevölkerung das Mostviertel, das allerdings stark mit Oberösterreich verflochten ist.

Die Zahlen belegen, dass die Bezirke im Weinviertel zwar sehr attraktiv zum Wohnen sind, es hier aber weiterhin einen sehr deutlichen Überhang an Auspendler:innen gibt. Der Pendler:innensaldo im Weinviertel beträgt stolze minus 46.411 und ist somit für fast die Hälfte des niederösterreichischen Saldos verantwortlich. Knapp 44 Prozent der wohnhaft Beschäftigten pendeln zur Arbeit in die Bundeshauptstadt. Abschließend zum Waldviertel: Die Region weist zwar bei den wohnhaft Beschäftigten (Anteil 7,4 Prozent) und der Arbeitsbevölkerung (Anteil 7,8 Prozent) jeweils die geringsten Anteile im Bundesland auf, dafür besteht zwischen den beiden Gruppen aber ein ziemlich ausgeglichenes Verhältnis mit einem leichten absoluten Überhang bei den wohnhaft Beschäftigten. Zudem hat das Waldviertel den geringsten Auspendler:innenanteil. Immerhin könnten theoretisch rund 89 Prozent der Waldviertler:innen in ihrer Region einen Arbeitsplatz finden. Aus dem gesamten Waldviertel pendeln 3.806 Personen nach Wien. Das sind rund 7,5 Prozent der wohnhaft Beschäftigten im Waldviertel, umfasst aber nur rund zwei Prozent der Auspendler:innen aus Niederösterreich nach Wien. □

Link

Die Pendler:innenanalyse kann unter <https://noe.arbeiterkammer.at/pendleranalyse> heruntergeladen werden.

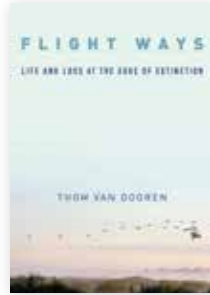




Andere Sichtweisen verstehen

Streitkultur Der Untertitel des Buches gibt den Inhalt bereits umfassend wieder. Michael Soder geht dem Phänomen auf den Grund, warum die große Mehrheit der Menschen den Klimawandel zwar als größte Bedrohung sieht, aber akzeptiert, dass viel zu wenig dagegen getan wird. Er zeigt, wie Meinungen, Ängste, Gewohnheiten und Lebensstile aufeinanderprallen und eine zielgerichtete Diskussion über Lösungen verhindern. In dem Buch geht es also nicht um die Mächte und Interessen, die unser umweltzerstörendes Wirtschaften vorantreiben. Stattdessen beschreibt der Autor die psychologischen Blockaden und Mechanismen und macht dadurch die jeweiligen Sichtweisen verständlich. Aufbauend darauf entwickelt er Gemeinsamkeiten, die Verbindungen zwischen den verfestigten Standpunkten herstellen. Die so gewonnenen neuen Einblicke machen das Buch lesenswert. **HH**

Hitzige Debatten – Wie der Streit um Klima unsere Gesellschaft spaltet und was wir dagegen tun können
Michael Soder
ÖGB Verlag (2025)



Artensterben als gemeinsame Geschichte

Neulektüre Das Verschwinden der Arten wird oft nüchtern in Zahlen und Statistiken erfasst. Das Buch „Flight Ways“ ist zwar bereits 2014 auf Englisch erschienen, hat jedoch nichts von seiner Aktualität verloren. Der Professor für Environmental Humanities, Thom van Dooren, wählt einen besonderen Zugang zu dem Thema. Er erzählt vom Leben einzelner Vogelarten – von Albatrossen im Nordpazifik über indische Geier bis zu den ikonischen Schreikranichen Nordamerikas – und davon, wie sie Nachwuchs aufziehen und Verluste betrauern. So lädt „Flight Ways“ dazu ein, Verlust und Naturschutz neu zu begreifen und darüber nachzudenken, warum das Aussterben von Arten uns alle betrifft. **LW**

Flight Ways – Life and Loss at the Edge of Extinction
Thom van Dooren
Columbia University Press (2014)
In englischer Sprache



Literatur des Linienverkehrs

Öffis Dieses schmale Buch sollten alle Öffi-Nutzer:innen zumindest einmal gelesen haben. Viele von uns nutzen täglich Linienbusse und nehmen den reibungslosen Ablauf des öffentlichen Verkehrs als selbstverständlich hin. Welche Leistungen die Beschäftigten dahinter erbringen, bleibt im Alltag meist unsichtbar. Nach der Lektüre dieses Buches wird man den nächsten Bus jedoch mit anderen Augen betreten. Julia Gandler schildert in ihrem Buch ihre Erfahrungen als Buslenkerin in der fiktiven Großstadt „Wein“ und macht den Arbeitsalltag eines systemrelevanten Berufs auf humorvolle und zugleich eindrückliche Weise greifbar. In kurzen Episoden erzählt sie von verhaltensauffälligen Fahrgästen, gefährlichen Situationen in der Nachtschicht oder dem Fehlen von Toiletten während der Menstruation. Dabei zeigt sie eindrucksvoll, welchen besonderen Herausforderungen sich weibliche Lenkerinnen in einem nach wie vor männerdominierten Beruf täglich stellen müssen. **MK**

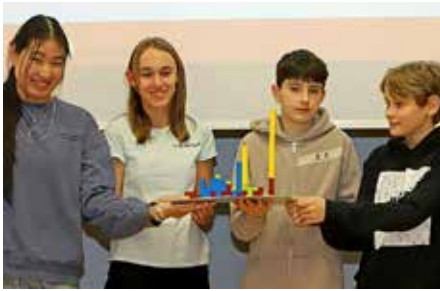
Zwischen Bremslicht und Schatten
Julia Gandler
story.one (2025)
Eigenverlag



Petition „Hände weg von der Natur!“

Ein europaweites Bündnis von Naturschutzorganisationen hat eine Petition zum Schutz der Natur gestartet. Mit **#Handsoffnature** wollen sie Unterschriften sammeln, um den Naturschutz in Europa zu sichern. Leider versucht die EU-Kommission gerade, viele Schutzstandards unter dem Deckmantel der „Vereinfachung“ zurückzufahren. Die Petition ist Teil der Initiative **„Kettensägen stoppen! Menschen und Umwelt schützen“**, die von Umwelt- und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie AK und ÖGB ins Leben gerufen wurde, um unsere sozialen, ökologischen und digitalen Rechte zu schützen. **SI**

Hier kann unterschrieben werden:
wwf.at/was-kann-ich-tun/petitionen/handsoffnature/



Reality-Check für den Stromverbrauch

Energie-Café Wie viel Energie verbraucht dein Haushalt? Mittels eines neuen Onlinetools können unter <https://cities.ait.ac.at/powerflex/> die Daten der in Wien flächendeckend installierten Smart Meter analysiert werden. Bereitgestellt wird das Tool von Forscher:innen des AIT Austrian Institute of Technology und der Universität für Bodenkultur gemeinsam mit realitylab. In einem Forschungsprojekt wird ein digitaler Zwilling Wiens erstellt, um Möglichkeiten von „Plusenergiequartieren“ zu erforschen. Grätzl 20 + 2 (WieNeu+), ein Gebiet im 20. und 2. Bezirk, wurde bereits in 3D analysiert. In der digitalen Darstellung können Potentiale für PV-Anlagen auf Dächern mit Daten zur lokalen zeitlichen Energienutzung und möglichen Energiespeichern abgeschätzt werden. Daraus ergibt sich z. B., wann oder wie die Einrichtung von Energiegemeinschaften sinnvoll ist. Bei diesem Projekt brauchen die Forscher:innen tätige Mithilfe interessierter Bürger:innen. Die Schüler:innen des Sperlgymnasiums (Bild oben) haben bereits fleißig die Daten in ihren Haushalten analysiert. Ihre Ergebnisse präsentierten sie auf dem ersten Energie-Café in Wien. Diese Veranstaltungsreihe wird für alle Energieinteressierten in Wien fortgesetzt, denn Vernetzung ist gerade in Energiefragen wichtig! **FJ**

Nächstes Energie-Café:

23. April 2026 | 17:30 Uhr
Nordbahnstraße 14, 1020 Wien
Infos unter: www.unsere-energie.wien/



Einblicke ins Ökosystem Wald

Holzwege Ausgerechnet US-Präsident Trump hat mit seinem Spezialwissen über Österreich und dessen Vegetation („Austria [...] they live in the forest.“) Hans Bogenreiter inspiriert, seine eigenen Kenntnisse, Erlebnisse und Fotos zum Thema Wald in diesem Buch zusammenzufassen. Als Bauernbub, Naturliebhaber und Mitarbeiter bei der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ hat der Autor sich über die Jahrzehnte hinweg viel Know-how angeeignet. Und so mäandert der autobiografische Text zwischen Lobau und Regenwald, Ökologie und Umweltzerstörung, Tier- und Menschenrechten und biegt zuweilen in Nebenverästelungen ab. Zahlreiche Verweise auf Liedtexte und Songs liefern den passenden Soundtrack. Nach Lektüre des Buches weiß man definitiv mehr über das Ökosystem Wald und seine Bewohner:innen, aber auch über den Menschen Hans Bogenreiter. **HH**

Explosionierende Bäume & Waldmenschen – Vom Wienerwald bis zum Amazonas Hans Bogenreiter Buchschniede (2025)

Das Buch ist im Eigenverlag erschienen und kann auch direkt beim Autor bestellt werden unter taotan@gmx.at

Vor 30 Jahren



Tauwetter „Auch in Österreich hat es durchaus sichtbare Folgen, daß die Temperaturen weltweit steigen. Die Alpengletscher ziehen sich seit Jahren immer weiter ins Hochgebirge zurück. Die Schneegrenze verschiebt sich hinauf zu den Mittelstationen der Skilifte. Die Wintersportler fahren dem Schnee nach bis in die höchsten Bergregionen. [...] All das könnte in letzter Konsequenz am vom Menschen verursachten Treibhauseffekt liegen.“

Vor 15 Jahren



Jahr der Wälder „Die UNO hat 2011 zum internationalen Jahr der Wälder ausgerufen: In dem Jahr soll die besondere Verantwortung, die wir Menschen für die Wälder haben, weltweit ins Blickfeld rücken. Der Wald ist viel mehr als nur ein Brennstofflieferant: Er hat wichtigste Funktionen für Wasserhaushalt, Kleinklima, Artenvielfalt, Erholung und Tourismus. Der Trend zur maschinengerechten Biomassenkultur steht all dem gegenüber.“

Soll im Verkehr ein Bestbieterprinzip „Made in Europe“ gelten?

JA

Made in Europe: Ein Paradigmenwechsel. Die geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie entscheidend technologische und wirtschaftliche Souveränität für Europa ist. Einseitige Abhängigkeiten von außereuropäischen Herstellern bergen erhebliche Risiken – von Lieferengpässen bis hin zu bewusstem geoökonomischen Missbrauch, wie beispielsweise Fernabschaltungen (von Bussen). Die resiliente Versorgung der Bevölkerung mit kritischen und strategischen Gütern und Services ist derzeit in Gefahr. Globale Wettbewerbsverzerrungen durch Staaten, die ihre Industrie mittlerweile dauerhaft mittels industrie- und handelspolitischer Instrumente schützen, verschärfen die Situation für heimische Unternehmen zusätzlich.

„Made in Europe“ stärkt die Sicherheit unserer Infrastruktur und sichert regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Moderne Mobilitätssysteme sind komplexe Netzwerke, deren Stabilität auch von Cybersicherheit und der Kontrolle über verbaute Technologien abhängt. Das Bestbieterprinzip im Rahmen von „Made in Europe“ vereint faire Wettbewerbsbedingungen mit der Widerstandsfähigkeit von Wertschöpfungsketten.

Schlüsseltechnologien „Made in Europe“ – hier entwickelt und umweltfreundlich produziert – bedeuten europäische Wertschöpfung, regionale Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Dadurch wird Europa widerstandsfähiger gegenüber Krisen und kann langfristig stärker in Innovation, Fachkräfte und regionale Entwicklung investieren.

Klaus Bernhardt ist Geschäftsführerin-Stellvertreterin des Fachverbandes der Elektro- und Elektronikindustrie und Experte in den Bereichen Energie & Infrastruktur sowie Forschung & Innovation.

© Ian Ehm



JA

Das Bestbieterprinzip muss konsequent umgesetzt werden. Beim Blick auf die Mobilitätsbranche zeigt sich folgendes Bild: Seit mehr als einem Jahrzehnt werden Linienbusverkehre in Österreich ausgeschrieben. Obwohl hier offiziell das Bestbieterprinzip gilt, kommt stets der billigste Anbieter zum Zug. Busse, Steuern und Treibstoff kosten aber für alle gleich viel. Als einzige Stellschraube für einen Wettbewerbsvorteil bleiben dann nur mehr die Personalkosten übrig. Die Arbeitsbedingungen in der Branche haben sich dadurch laufend verschlechtert, was zu einem ernststen Mangel an Fahrer:innen geführt hat.

Das Prinzip „Made in Europe“ sollte als Verpflichtung verstanden werden, gute Arbeitsplätze auf dem Kontinent zu sichern.

Die Qualität nimmt deshalb leider ab und die notwendige Mobilitätswende wird erschwert. Der öffentliche Verkehr wird aber zu einem Gutteil mit Steuergeldern finanziert. Statt kurzfristiger Ersparnisse sollte daher das gesamtgesellschaftliche Optimum angestrebt werden. Das gilt insbesondere auch bei der Beschaffung von Zügen und der Bahninfrastruktur. Auch hier sollten Produkte gekauft werden, die hierzulande – oder zumindest innerhalb der EU – Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Know-how generieren.

Konkret müssen wir aber in Österreich die folgende Realität konstatieren: Der Westbahn GmbH ist es erst durch die Einführung des Klimatickets gelungen, die roten Zahlen zu verlassen. Und was tut sie mit diesen staatlich mitfinanzierten Gewinnen? Sie beschafft chinesische Züge!

Heinz Högelsberger ist in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr für den öffentlichen Verkehr zuständig.

© Markus Zahradnik





Gesellschaftskritische Wissenschaft

Verkehr und Infrastruktur

Die Studien zu **Verkehr und Infrastruktur** können hier abgerufen werden: wien.arbeiterkammer.at/verkehrsstudien



- 70 Rechtsqualität der Auslegungseilinie der Kommission zur PSO-Verordnung** – Rechtswissenschaftliches Fachgutachten Konrad Lachmayer, Jean-Philippe Derosier, 2023
- 71a Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen** Raffaella Neustifter, Hatun Atasayar, Florian Schneider, Aggelos Soteropoulos, 2024
- 71b Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen** – Auswirkungen auf CO₂, Lärm und externe Kosten Konstantin Weller, Stefan Hausberger, Heinz Steven, 2024
- 72 Buslenker:innen am Limit** – Möglichkeiten der Jobattraktivierung aus Sicht der Beschäftigten in der privaten Autobusbranche in Österreich Emma Dowling, Elina Hettich, Max Knapp, Leon Romauch, 2024
- 73 Mobilitätswende produzieren** – Produktionsbedingungen der österreichischen Bahnindustrie und industrielle Potenziale durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs Lukas Cserjan, Julia Eder, Anna Hornykewycz, Laura Porak, Stephan Pühringer, 2025

Informationen zur Umweltpolitik

Die **Informationen zur Umweltpolitik** können hier abgerufen werden: wien.arbeiterkammer.at/umweltpolitikstudien



- 204 Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur** Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw** – Wie sauber sind Lkw tatsächlich? A. Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022
- 206 Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik** Anlassfall Lobautunnel-Entscheid Werner Hochreiter, 2022
- 207 Dieselskandal – Ein Update** Auswirkungen der Abgasmanipulationen bei Dieselaautos in Österreich Lydia Ninz, Alexander Holzleitner, 2023
- 208 New genetic engineering – Possible unintended effects** Michael Eckerstorfer, Andreas Heissenberger, 2023
- 209 Daseinsvorsorge 2030** Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen Michael Getzner, Dragana Damjanovic, Emma Dowling, Hannah Lucia Müller, Leonhard Plank, Alexandra Strickner, Charlotte Damböck, Pauline Evers, Anna Franziska Kalhorn, Tim Pöchlhammer, 2024
- 210 Lernen für den Wandel: Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Nachhaltigkeitsstrategie im sozial-ökologischen Umbau** Emma Dowling, Jessica Angioni, Lukas Stani, 2023

Die Publikationen können unter studienUV@akwien.at auch als Hardcopy bestellt werden.



Wirtschaft & Umwelt
Sekretariat: 01/501 65 12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien

WAS, WENN #RedenWir ARBEIT FAIR über faire Teilzeit WÄRE?

1,4 Millionen Menschen arbeiten in Österreich Teilzeit.
Viele leisten regelmäßig mehr Stunden als vereinbart –
ohne entsprechende Bezahlung.
Die AK steht für faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.



**Jetzt Petition
unterschreiben!**
mitmachen.ak.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN